

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mfr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrücker, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserte für die vierspaltigen Postzettel oder deren Raum 30 Pfg.
Vergeltungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Arbeitszeitverkürzung und freier Sonnabendnachmittag.

In dem jahrzehntelangen Kampf, den die Gewerkschaften um die Besserung der Arbeitsbedingungen führen, bildet die Verkürzung der Arbeitszeit das wichtigste Streitobjekt. Es war und es ist auch heute noch in rückständigen Gebieten nicht leicht, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit die Forderung ist, welche am nachdrücklichsten vertreten werden muß. Der Arbeiter, der, unbekannt mit den Bestrebungen seiner Klassenossen, in altväterlicher Weise täglich elf Stunden arbeitet und einen Tagelohn von, sagen wir 8,30 Mfr. bezieht, fühlt wohl das Glend, in dem er sich befindet. Sein Einkommen reicht zur Ernährung der Familie nicht aus, und tritt einmal Krankheit in der Familie ein oder ist die Frau außerstande, zum Erwerb beizutragen, dann muß er trotz allen Fleißes buchstäblich hungern. Macht ihm in dieser Lage der Unternehmer den Vorschlag, doch täglich eine oder zwei Stunden länger zu arbeiten, dann wird ihm der Arbeiter für dieses Entgegenkommen, wodurch er in die Lage versetzt wird, seinen Lohn um 30 oder gar 60 Pfg. pro Tag zu steigern, sehr dankbar sein.

Der geistig rückständige Arbeiter hat für den Grundsatz, von dem sich die Gewerkschaften leiten lassen, „je kürzer die Arbeitszeit, desto höher der Lohn“, kein Verständnis. Der Satz erscheint ihm widersinnig, denn was er am notwendigsten braucht, ist der höhere Lohn. In unserem Beispiel ist der Betrag von 3,30 Mfr. schon viel zu niedrig, und nun soll er gar nur zehn Stunden arbeiten, statt bisher elf, das bedeutet doch, so sagt er sich, eine Verminderung des Tagelohnes auf 3 Mfr. und damit eine Vergrößerung des Glendes. Aber so widersinnig die Lehre von dem mit der Verkürzung der Arbeitszeit steigenden Lohn auch klingen mag, so ist sie doch buchstäblich richtig und kann durch unzählige Beispiele belegt werden. Sehr deutlich ins Auge fallend ist die lohnsteigernde Wirkung der Arbeitszeitverkürzung bei den Ergriffenen der von unserem Verband aufgenommenen Statistiken. Hiernach betrug für die Holzarbeiter in Deutschland pro Woche:

	1908	1907	1902	1906
die durchschnittl. Arbeitszeit (Std.)	61,5	59,8	58,8	57,0
der Durchschnittslohn (Mfr.)	18,99	19,96	21,79	23,18

Man kann diese Beispiele beliebig vermehren; ganz gleich, ob man einzelne Orte oder ob man andere Berufe in Betracht zieht, immer wird es sich ergeben, daß die Löhne dort am höchsten sind, wo die Arbeitszeit am kürzesten ist.

Wieweil wir noch einen Augenblick bei dem Arbeiter, den wir oben als Beispiel vorgeführt haben, Er freut sich, daß ihm durch die Ausdehnung der Arbeitszeit die Möglichkeit gegeben ist, sein Einkommen zu steigern. Seine Freude bezieht sich aber nicht sowohl auf die ihm eingeräumte Freiheit, länger arbeiten zu dürfen, als vielmehr auf die Aussicht des Mehrverdienstes. Würde man ihm Gelegenheit geben, diesen Mehrverdienst in der seitherigen oder in einer kürzeren Arbeitszeit zu erzielen, so würde er das mit Vergnügen vorziehen. Wenn auch von ineffizienter Seite, zumal von Seiten, deren eigener Arbeitstag sehr kurz ist, den Arbeitern immer wieder gepredigt wird, daß eine kurze Arbeitszeit sündhaft wäre und die Gefahr in sich birgt, daß durch sie der Wirtschaftsbetrieb und die Lieberlichkeit gefördert wird, so geht doch das geheime Sehnen auch der zurückgebliebenen und vom Standpunkt des Unternehmers „drablierten“ Arbeiter immer nach einer Verkürzung der Arbeitszeit. Der Arbeiter will auch einmal aufatmen und ausruhen, er will nicht immer und unaufhörlich Arbeiter, er will auch einmal Mensch sein!

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit wird hauptsächlich und zurechtbewußt erst betrieben, seitdem die Arbeiter begonnen haben, sich zu Gewerkschaften zusammenzuschließen. Am stärksten ist der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit allerdings viel älter, er dürfte wohl schon so lange geführt werden, als es Lohnarbeiter gibt. Während aber heute die Gewerkschaften ihr Hauptaugenmerk darauf richten, die tägliche Arbeitszeit zu verkürzen, war es das Streben des mittelalterlichen Gesellen, die Zahl der wöchentlichen Arbeitstage zu vermindern. Der Umwälzung, der in dieser Beziehung eingetreten ist, erklärt sich leicht, wenn man neben der Arbeitsweise die Verkehrs- und politischen Verhältnisse in Betracht zieht. Ist man auch heute noch bemüht, den Einfluß der Arbeiter auf die Gestaltung der öffentlichen Einrichtungen, auf die Gesetzgebung usw. möglichst einzuschränken, so gälte der mittel-

alterliche Geselle bei all diesen Dingen überhaupt nicht mit. Er stand völlig unter der Vormundschaft des Meisters, in dessen Hause er wohnte. Ein großer Komplex von Interessen, der dem modernen Arbeiter auf das lebhafteste berührt, kam also für ihn gar nicht in Betracht.

Wichtiger noch zur Erklärung der Unterschiede ist die Arbeitsweise. In den kleinen Werkstätten des mittelalterlichen Handwerksmeisters wurde für einen engbegrenzten Markt produziert. Es wurde gemächlich gearbeitet, das Wort „Zeit ist Geld“ hatte damals noch keine Geltung. Bei dieser gemächlichen Arbeitsweise war die Länge des Arbeitstages, der überdies durch größere Pausen unterbrochen wurde, von geringerer Bedeutung. Anders heute, wo Hand in Hand mit der Entwicklung der Technik die Intensität der Arbeit gesteigert wird, so daß die Wirkung der den Körper zermürbenden Arbeitsmethode nur durch einen möglichst kurz bemessenen Arbeitstag einigermaßen paralisirt werden kann. Das Bedürfnis nach Erholung konnte der mittelalterliche Geselle überdies an den Sonntagen und den vielen kirchlichen Feiertagen befriedigen. Diese Sonn- und Feiertage waren jedoch kirchliche Feste, an welchen die Beschäftigung mit weltlichen Dingen nicht gestattet war. Nur die Kunstgeschäfte zu erledigen, die Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen (Bäder) usw., mußte ein Werktag zu Hilfe genommen werden. Und so entstand die Sitte des „Blauen Montag“, die sich so einbürgerte, daß sie selbst durch Verordnungen und Gesetze nicht ausgerottet werden konnte. Erst die moderne Produktionsweise in Verbindung mit der Tätigkeit der Gewerkschaften hat sie allmählich zum Verschwinden gebracht.

Wie bereits erwähnt, legen die Gewerkschaften den größten Nachdruck auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit muß möglichst kurz sein, damit die Gesundheit des Arbeiters möglichst gesichert wird. Der Arbeiter muß Zeit haben zur Erholung, er soll Gelegenheit finden, sich seiner Familie, der Erziehung seiner Kinder zu widmen. Er soll sich fortbilden, seinen Gesichtskreis auf allen Gebieten erweitern, er soll tätigen Anteil nehmen an den Vorgängen in Reich, Staat und Gemeinde, um von seinen Vorgesetzten und -Pflichten den richtigen Gebrauch zu machen. Hierzu gehört, nicht an letzter Stelle, die Teilnahme an den Bestrebungen seiner Berufsgenossen, die gewerkschaftliche Betätigung. Das alles sind Gründe, die das Streben nach einem kurzen Arbeitstag zur Notwendigkeit machen. Besonders notwendig ist das in dem Großstädten, wo durch die weiten Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätte die arbeitsfreie Zeit ohnehin beschränkt wird.

Es war bis vor wenigen Jahren allgemein üblich, bei den Abmachungen mit den Unternehmern das Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit festzulegen. Nachdem wir auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung bedeutende Fortschritte gemacht haben, stellen sich der weiteren Verkürzung größere Schwierigkeiten entgegen. Verkürzungen von einer ganzen oder auch nur einer halben Stunde täglich sind heute an vielen Orten auf einmal gar nicht mehr zu erreichen. Daher kommt es, daß wir uns vielfach darauf beschränken müssen, die Zahl der Wochenstunden zu vermindern, um überhaupt einen Fortschritt zu erzielen. Allmählich hat sich so die Praxis herausgebildet, in unseren Verträgen die Arbeitszeit nach Wochenstunden zu vereinbaren. In vielen Fällen enthalten die Verträge allerdings daneben noch Bestimmungen über das Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit. Wo diese letztere Angabe fehlt, kann jedoch daraus nicht gefolgert werden, daß nunmehr die Verteilung der Stunden auf die einzelnen Tage der Woche völlig in das Belieben des einzelnen gestellt ist, denn dadurch kann der Zweck unseres Kampfes um die Arbeitszeitverkürzung völlig vereitelt werden.

In dieser Betrachtung werden wir veranlaßt durch die Beobachtung, daß sich auch in Deutschland eine auf die Einführung des freien Sonnabendnachmittags gerichtete Bewegung bemerklich zu machen beginnt. In der Hauptsache sind es bisher nur Großbetriebe in manchen Gegenden, die diese Einrichtung getroffen haben, vereinzelte haben aber auch schon Betriebe der Holzindustrie begonnen, sie nachzuahmen. Wenn der freie Sonnabendnachmittag lediglich durch Ruhelassen der Arbeit in den fraglichen Stunden, ohne Kompensation, zustande kommt, könnte man sich, trotz entgegenstehender Bedenken, damit abfinden. In der Regel ist das aber nicht der Fall, vielmehr werden die am Sonnabend gesparten Stunden auf die übrigen Tage der Woche verteilt. Ein um diesen Preis erkaufte Sonnabendnachmittag ist jedoch für den denkenden

Arbeiter unannehmbar, er muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Ein Bedürfnis für diesen freien Nachmittag in dem Maße, wie es bei der Einführung des Blauen Montags im Mittelalter vorlag, kann für die heutige Zeit nicht mehr anerkannt werden. Die Geschäfte, welche die Gesellen des Mittelalters am Montag erledigten, müssen wir heute in den Abendstunden erledigen können. Auf der anderen Seite sind aber die oben ange deuteten Gründe für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit so zwingend, daß die Verkürzung der Arbeitszeit an den ersten fünf Wochentagen gar nicht diskutabel ist. Es mag auf den ersten Blick sehr verlockend erscheinen, neben dem Sonntag einen vollen halben Tag in jeder Woche frei zu haben. Wenn aber diese Freiheit durch eine Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen erkauft werden soll, dann ist das ein Damoergeschenk, welches wir unter allen Umständen ablehnen.

Die Gründe, welche die Unternehmer zu der neuen Einrichtung veranlassen, können wir zunächst ununtersucht lassen. Wenn sie aber die Sorge um das Wohlergehen der Arbeiter vorschützen, dann mögen sie diese dadurch beweisen, daß sie den Sonnabendnachmittag frei geben, ohne an den übrigen Tagen die Arbeitszeit zu verlängern. Der Hinweis auf England und andere Länder englischer Zunge, wo der freie Sonnabendnachmittag große Verbreitung gefunden hat, ist nicht durchschlagend. Abgesehen davon, daß die puritanische Sonntagsruhe in jenen Ländern das Bedürfnis nach einem halben Werktag zur Erledigung weltlicher Geschäfte verständlich macht, ist auch die tägliche Arbeitszeit dort im allgemeinen kürzer, als es bei uns üblich ist.

Auch in der Schweiz hat der freie Sonnabendnachmittag schon einige Verbreitung gefunden. Angesichts der bevorstehenden Revision des schweizerischen Fabrikgesetzes drohen nun die Unternehmer, für den Fall der Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages, am Sonnabendnachmittag wieder arbeiten zu lassen. Die „Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz“, die aus diesem Anlaß das Für und Wider des freien Sonnabendnachmittags abwägt, kommt hierbei wie wir zu dem Schluß: „Auf keinen Fall aber freier Samstagnachmittag an Stelle der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.“ Das Blatt zitiert bei der Gelegenheit auch eine Stelle aus einer größeren Abhandlung, die der verdienstvolle schweizerische Fabrikinspektor Schuler im Jahre 1903 in Drauns Archiv veröffentlicht hat. Schuler erwähnt die lange Zeit wegen des freien Sonnabendnachmittags geführte Kontroverse und fährt fort: „Kirchliche Gründe haben dabei eine Rolle gespielt, noch mehr aber hygienische und sozialpolitische. Jedenfalls aber ist die Bedeutung der zweitgenannten nicht so groß, daß die Bestrebungen zur Reduktion der täglichen Arbeitszeit darunter leiden können, denn es ist gewiß richtig, was die vortreffliche Kennerin des Fabrikwesens, die amerikanische Inspektorenin Florence Kelly sagt: „Es ist nicht so sehr die tägliche vernunftgemäße Arbeit, die die Gesundheit angreift, als die Dauer unausgesetzter Anstrengung, die den Organismus schwächt und zerstört. ... Soll der Samstagabend frei bleiben, so sollen die anderen Wochentage nicht deswegen verlängert werden.“

Diesen Grundsatz wollen auch wir uns unverrückbar vor Augen halten. Die Arbeiterkassette kämpft mit guten Gründen um den Achtstundentag. Acht Stunden soll das Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit sein. Der Kampf ist schwer, und wir wissen, daß wir dieses Ziel nur allmählich erreichen. Aber von dem einmal gewonnenen Terrain darf kein Fußbreit wieder abgetreten werden. Haben wir den Achtstundentag erreicht, dann kann man die Frage des freien Sonnabendnachmittags vielleicht in den Bereich der Diskussion ziehen. Bei dem gegenwertigen Stand der Dinge dürfen wir uns durch nichts von unserem wichtigsten Kampfziel abbringen lassen: der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

Aus der Holzindustrie in Sachsen.

In der Einleitung zu den Jahresberichten der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten wird unter anderem mitgeteilt, daß die Einzelberichte diesmal nach der vom Reichsanwalt erlassenen neuen Anweisung erstattet sind. Die Verichterhalter waren besonders darauf aufmerksam zu machen, daß die Berichte sich auf Mitteilungen von Tatsachen und Wahrnehmungen zu beschränken haben, daß theoretische Erörterungen, insbesondere Abschweifungen auf das Gebiet der Ausgestaltung und Abänderung be-

stehender Gesetze, Verordnungen usw. nicht in die Berichte gehören und daß nur solche Tatsachen mitzuteilen sind, die auf zuverlässigen Mitteilungen beruhen. Es bedarf keiner langen Ausführungen, nur zu erkennen, daß derartige Anweisungen, wenn sie genau befolgt werden, den Wert der Berichte stark herabdrücken müssen. Die Gewerbeinspektoren sind Organe zur Überwachung des Arbeiterschutzes und die Beamten, die es mit dieser Aufgabe ernst nehmen, werden manche wertvolle Anregung zur Ausgestaltung der bestehenden Gesetze und Verordnungen machen können. Wird ihnen aber in der Beziehung der Mund geschlossen, dann liegt das im Interesse derjenigen Unternehmer, denen jede Beschränkung ihrer Ausbeutungsfreiheit ein Grauel ist.

Die Berichte, die auf Grund der Anleitung des Reichs-Lanzlers angefertigt wurden, fallen natürlich recht leberr aus, sie enthalten neben den Tabellen, die einen recht breiten Raum einnehmen, wenig interessantes Material. Die unternehmerfreundliche Tendenz der neuen Anleitung scheint auch von einigen der Beamten eine verwandte Seite ange schlagen zu haben. So fällt es auf, daß z. B. der Bericht für die Kreishauptmannschaft Pankow sehr prägnante Angaben über die bei Streiks vorgekommenen Kontraktbrüche enthält und zwar getrennt nach Arbeitern über und unter 21 Jahre. Ob diese Angaben wirklich auf zuverlässigen Ermittlungen beruhen, darf wohl bezweifelt werden, Jedenfalls sind hier nur die interessierten Unternehmer und die Polizeiorgane befragt worden. Die Sympathie, die dieser Beamte den Unternehmern entgegenbringt, leuchtet auch aus der eigenartigen Form hervor, in welcher er über das Ergebnis der großen Bauarbeiterausperrung berichtet. Bekanntlich haben sich die Bauunternehmer bei dieser von ihnen injenierten Kraftprobe recht stark die Finger verbrannt. In dem Bericht der Gewerbeinspektion Pankow wird jedoch über den Ausgang des Kampfes so berichtet: „Die Arbeitgeber erreichten den ihnen geforderten zentralen Tarifabschluss und die Weibehaltung der Akkordarbeit unter Zusicherung von 1 Pf. Lohnzuschlag für die Stunde im Jahre 1910, von 2 Pf. im Jahre 1911 und von abermals 2 Pf. im Jahre 1912.“ Wer auf diese Quelle allein angewiesen ist, wird sich von dem Ausgang des gewaltigen Ringens ein durchaus falsches Bild machen.

Aus der Industrie der Holz- und Schnitstoffe unterstanden im Jahre 1910 der Gewerbeaufsicht 2911 Betriebe mit insgesamt 43 673 Arbeitern. Davon sind 35 106 erwachsene Männer, 6609 über 16 Jahre alte Arbeiterinnen, 2811 junge Leute (2347 männliche und 464 weibliche) im Alter von 14 bis 16 Jahren und 147 Kinder unter 14 Jahren. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Betriebe um 141 oder 5,1 Proz., die der Arbeiter um 1588 oder 3,8 Proz. erhöht. Die Zunahme ist jedoch nicht gleichmäßig bei allen Arbeiterkategorien erfolgt, sondern die Zahl der Arbeiterinnen nimmt verhältnismäßig viel stärker zu als die der Männer. Während die Zunahme bei letzteren nur 3,0 Proz. beträgt (von 34 065 auf 35 106) stieg die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen um 7,8 Proz. (von 5201 auf 5609). Noch stärker tritt die Verdrängung der männlichen Arbeitskraft durch die weibliche in Erscheinung, wenn man einen größeren Zeitraum in Betracht zieht. In der Zeit vom Jahre 1900 bis 1910 hat sich in der Industrie der Holz- und Schnitstoffe in Sachsen die Zahl der Betriebe um 23,8 Proz., die der Arbeiter insgesamt um 29,64 Proz. erhöht. Aber während die Steigerung bei den erwachsenen Männern 26,0 Proz. beträgt, nahm die Zahl der erwachsenen Frauen um 68,2 Proz. zu. Diese Bevorzugung

des weiblichen Geschlechts zeigt sich auch beim Nachwuchs. In der Altersklasse von 14 bis 16 Jahren beträgt die Zunahme der Arbeiter 15,2 Proz., die der Arbeiterinnen aber 34,1 Proz.

Die absolute Zahl der Arbeiterinnen ist in der Holzindustrie natürlich weit geringer als die der arbeitenden Männer, aber bei der starken Zunahme der ersteren wächst ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten recht beträchtlich. Im Jahre 1900 waren von den in der Industrie der Holz- und Schnitstoffe insgesamt Beschäftigten 82,7 Proz. erwachsene Männer und 9,9 Proz. erwachsene Frauen. Im Jahre 1910 war aber der Anteil der Männer auf 80,4 Proz. herabgegangen, der Anteil der Frauen jedoch auf 12,8 Proz. gestiegen. Bemerkenswert ist hierbei, daß die verstärkte Heranziehung des weiblichen Geschlechtes in der Holzindustrie noch stärker in Erscheinung tritt, als in der Gesamtindustrie in Sachsen. Hier betrug der Anteil der erwachsenen Frauen an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Jahre 1900 28,8 Proz., im Jahre 1910 31,3 Proz., also eine Zunahme um 2,7 Proz., während die Zunahme in der Holzindustrie 2,9 Proz. beträgt. Das ist ein Moment, welchem auch seitens unserer Organisation die notwendige Beachtung geschenkt werden muß. Die Frauenarbeit erhält auch in der Holzindustrie eine steigende Bedeutung und entsprechend muß auch unser Interesse an der Gewinnung der Arbeiterinnen für unseren Verband wachsen.

Die Zunahme der Arbeiterinnen in der Holzindustrie scheint damit im Zusammenhang zu stehen, daß den Frauen auch Arbeiten zugewiesen werden, die für sie als durchaus ungeeignet bezeichnet werden müssen. Wegen die Beschäftigung von Frauen an Kreissägen scheint die Gewerbeinspektion an sich nichts einzutenden zu haben. Der Pankower Bericht erwähnt, daß einer in einem Sägewerk beschäftigten Frau die Arbeit an der Kreissäge nur so lange unter sagt wurde, bis diese mit einer Schuhhaube versehen war. Der betreffende Unternehmer, der übrigens Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft ist, mußte schließlich durch polizeiliche Strafandrohung gezwungen werden, an seinen drei Kreissägen Schuhhauben anzubringen. Auf das Interesse, welches die Organe der sächsischen Holzberufsgenossenschaft der Unfallverhütung entgegenbringen, weist dieser Vorfall ein recht eigenartiges Licht.

Aber nicht nur Frauen, sondern auch jugendliche Arbeiter werden zum Bedienen der gefährlichen Kreissäge angehalten. In der Kreishauptmannschaft Chemnitz mußte eine derartige Beschäftigung jugendlicher in zwei Fällen untersagt werden. Im Bezirk Pankow wurde die sofortige Entfernung von vier Schulknaben, die in einem Holzschneidewerk beschäftigt waren, angeordnet. Daß gegen den prächtlichen Unternehmer ein Strafverfahren eingeleitet wurde, erwähnt der Bericht nicht. Wie gefährlich der bloße Aufenthalt von Kindern in den Fabrikräumen ist, mußte der Zugschneider einer Holzwarenfabrik in der Kreishauptmannschaft Chemnitz erfahren. Sein sechsjähriger Sohn spielte an einer lose von der Triebwelle herabhängenden Treibschnur. Das Kind wurde hierbei um die Welle gewickelt und getötet.

Eine immer wiederkehrende Klage der Gewerbeinspektoren ist die über nicht benutzte Schutzvorrichtungen. So beobachteten die Beamten in der Kreishauptmannschaft Chemnitz, daß in einigen Fällen die Schutzvorrichtung schnell angebracht wurde, wenn der Arbeiter des revidierenden Beamten ansichtig wurde. In dem Bericht aus der Kreishauptmannschaft Leipzig wird die Schuld an der Nicht-

Benutzung der Schutzvorrichtung der mangelhaften Beschaffenheit derselben oder der ungenügenden Aufsichtigung und Anleitung der Arbeiter zugeschrieben. „Zu weisen“, heißt es in dem Bericht weiter, „werden die Schutzvorrichtungen aber auch mit stillschweigender Zustimmung der Betriebsleiter entfernt. Andererseits geht auch nicht selten die Eigenmächtigkeit der Arbeiter in dieser Hinsicht so weit, daß die Arbeitgeber machtlos sind.“ Diese „machtlosen“ Arbeitgeber sind wirklich zu bedauern, sie existieren aber zum Glück nur in der Phantasie des Aufsichtsbearbeiters, der die Klagen der Unternehmer ohne genügende Nachprüfung als bare Münze nimmt. Den wirklichen Verhältnissen näher kommt der Bericht aus der Kreishauptmannschaft Dresden. Hier wird mitgeteilt, daß bei der Revision der Holzwarenfabriken fortgesetzt angeregt wurde, für die an den schweren Maschinen beschäftigten Arbeiter statt des Akkords Stundenlohn einzuführen, „damit die Arbeiter nicht lediglich auf das Verdienen ihr Augenmerk richten, hierbei aber die notwendige Vorsicht außer acht und die zu ihrer Sicherheit vorhandenen Schutzvorrichtungen unbenutzt lassen“. Angebracht wäre es übrigens, gegen den Unfug der Akkordarbeit an den gefährlichen Maschinen, wo die Ermahnungen nicht fruchten, mit energischeren Mitteln vorzugehen.

Ein bemerkenswerter Unfall wird aus einer Holzdrechslerei aus der Kreishauptmannschaft Leipzig gemeldet. Ein Drechsler probierte eine von ihm selbst angefertigte hölzerne Schleifschleibe. Infolge der zu stark gesteigerten Umlaufgeschwindigkeit zerbrach dieselbe und der Arbeiter wurde durch ein fortgeschleudertes Bruchstück getötet. Ein anderer tödlicher Unfall ereignete sich in einem Sägewerk der Kreishauptmannschaft Pankow. Beim Bearbeiten eines krummen Klotzes an der Gattersäge war ein Arbeiter beauftragt, das hintere Ende des Klotzes mit einem Hebebaum niederzudrücken. Beim Ausschneiden sprang jedoch der nicht genügend befähigte Klotz aus den Klammern des Gatterschwings und der emporschwellende Hebebaum brachte dem Arbeiter eine tödliche Kopfverletzung bei.

Bei der in Sachsen stark verbreiteten Heimarbeit, bei welcher die Holzindustrie sehr wesentlich in Betracht kommt, spielt auch die Kinderarbeit eine bedeutende Rolle. Hier scheint sich allmählich eine Wandlung zu vollziehen, insofern, als die Holzindustrie von anderen Industrien verdrängt zu werden beginnt. In dem Bericht aus der Kreishauptmannschaft Dresden wird darauf hingewiesen, daß im oberen Erzgebirge, wo bisher fast ausschließlich die Stuhlflechterei und die Herstellung von Spielwaren als Hausarbeit verbreitet war, diese Industrie mehr und mehr durch die Anfertigung künstlicher Blumen abgelöst wird. Eine Arbeit, die verhältnismäßig leicht zu erlernen und dabei lohnender ist, als die frühere Beschäftigungsart.

Die Urteile der Gewerbeinspektoren über die Erwerbshäufigkeit der Arbeiter können dahin zusammengefaßt werden, daß sich im allgemeinen eine Besserung gezeigt habe, doch hat die Steigerung der Nahrungsmittelpreise und der Wohnmieten die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sehr ungünstig beeinflusst. Inzwischen sind aber die Kosten der Lebenshaltung in noch weit stärkerem Maße gestiegen, so daß eine erhebliche Erhöhung der Löhne notwendig wäre, um die den Arbeiterfamilien durch die Teuerung zugefügte Schädigung einigermaßen weitzumachen. Auf ein freiwilliges Entgegenkommen der Unternehmer dürfen wir hierbei freilich nicht rechnen, nur der fleißige Ausbau der Organisation schafft uns die Möglichkeit, hier einen angemessenen Ausgleich herbeizuführen.

Bei den Steinacher Griffelkastenmachern.

Im Abseits vom Weltverkehr, in einem Talgrund des schönen Thüringer Waldes, liegt die meiningische Gemeinde Steinach. Unter den 7500 Einwohnern herrscht reger Gewerbesiege. Es sind aber nur einige kleine Fabriken am Ort, die Mehrzahl der Einwohner sind Heimarbeiter. Glaswaren und Christbaumschmuck, insbesondere aber Spielwaren und sonstige Gegenstände aus Holz werden hier in Massen hergestellt und an die in Sonneberg und Roßburg sitzenden Verleger geliefert. Das Elend der Heimarbeit läßt sich hier trefflich studieren. Unendlich lang ist die Arbeitszeit. Bei einem Gang durch das Dorf am späten Abend kann man noch überall die Familien bei fleißiger Arbeit antreffen. Rings um den Tisch sitzen die Kinder und kletten. Da und dort hallt aus einem Hause der einseitige Hammer Schlag, bis tief in die Nacht hinein kreischt die Kreissäge.

Ein wichtiger Gegenstand der Produktion sind die Griffelkästen für Schiefergriffel. Der Endabgang des Thüringer Waldes weist Schiefer auf und die Schieferwerkstoffabrikation steht in voller Blüte. Die Kästchen, in welchen die Griffel verpackt werden, sollen uns heute beschäftigen. Neuerdings werden auch Pappschachteln verwendet. Das Publikum greift aber immer gern nach den bunten, mit Bildern geschmückten Griffelkästchen aus Holz. Die Käufer denken wohl kaum darüber nach, unter welchen Umständen diese Kästchen angefertigt werden. Daß es für so ein Kästchen mit Schieberdeckel, in welchem fünf Griffel zu liegen kommen, einschließlic Holz und aller Zutaten, 1 1/2 Pf. gibt, glaubt wohl selten jemand.

Holzverkäufer ist auch hier der Staat. Dem Hausbesitzer wird ein kleiner Kredit eingeräumt. Auf den Auktionen treiben sich aber die Heimarbeiter das Holz gegenseitig kolossal in die Höhe, so daß gar nicht selten die doppelte Tage herauskommt. Der Baumstamm wird vor dem Hause in Stücke von 20 Zentimeter Länge geschnitten, je nach Bedarf. Mit einem Messer werden diese Klötzer in 2 Zentimeter dicke Scheiben gespalten und zum Trocknen auf einer Stellege, welche an der Decke befestigt ist, gelegt. Die Stube ist fast immer Wohnraum. Von

den getrockneten Scheiben werden Leisten in der Dicke von einem Zentimeter abgespalten, das gibt die Zarge des Kästchens.

Auf einer primitiven Maschine mit Fußbetrieb werden dann die kleinen gespaltenen Hölzchen zur Zarge fertig gemacht. Ein interessantes Stück ist solch eine Maschine. Eine „sechsheitige Hobel- und Reilmaschine im Urzustande“ könnte man sie nennen, und dabei ist sie für ihren Zweck doch geeignet. Auf einem Bod, ähnlich dem der Drehbank, sind nach rechts sechs kleine Messer, je drei, in Gebrüngenstellung nach links, auf dem Bod aufgeschraubt. Der Zwischenraum zwischen beiden Messern gibt die Dicke der Zarge. Das erste Paar Messer gibt die rohe Dicke, das zweite Paar hobelt glatt und das letzte Paar drückt auf der einen Seite, damit das andere Messer eine Nute in das Leistenholz taucht. Im Bod eingelassen liegt ein fünfziges Messer, welches die Zarge unten glatt hobelt, und gegenüber ein sechstes, welches die Zarge von Breiten macht und zugleich drei Stäbchen in die Zarge zieht, welche als Verzierung dienen. Ein mit einem Fußtritt versehener Stempel, welcher in einer eisernen Führung ruht, treibt, wenn der Fußtritt nach unten getreten wird, das roh gespaltene Leisten in die Messer und läßt es rechts von Breiten und Dicken gemacht, mit Nute und Stäbchen versehen, herauskommen.

Wir treten in ein Haus. In der kleinen Stube werden wir freundlich willkommen geheißen; aber ohne sich weiter groß um uns zu kümmern, wird weiter gearbeitet. Die Mutter schneidet Gebrüngen an die Zargen, die Kinder spalten die Leisten, und der Vater steht an der Maschine. Fastig, alles in Eile, wird gearbeitet. Dicke schwere Luft ist in dem Raum, das Holz muß trocknen. Warfüchtig bedient der Vater den Tritt an der Maschine. Hoch, sehr hoch muß der Fuß gehoben und dann wieder tief herunter getreten werden. 30 Jahre mache ich jetzt Kästchen, erklärt uns der blasse Heimarbeiter.

Deckel und Böden werden mit einem Hobel abgestoßen, wozu mindestens zwei Personen erforderlich sind. Diese Arbeit ist schwer. Beim Aufsteigen der Böden muß die Familie helfen. Zwei Kinder geben meist auf der bereits auf Gebrüngen zusammengeleiteten Zarge beim an. 25—30

Kästchen werden mit einem Male geleimt. Als Reilwingen dienen die Eischeibe des Glisches. Der Schieberdeckel wird auf einer kleinen Kreissäge von Längen und Breiten geschnitten und das Stüchlein Leiste, was zum Herausziehen des Deckels dient, angeleimt. Der Staat läßt auch gewöhnliche Kästchen zu 100 Stück Griffel anfertigen, welche nur zum Versand dienen; diese Kästchen werden von Kindern zusammengeleimt.

Abnehmer der Kästchen sind die Besitzer der Schieferbrüche und die Griffelhändler. Wenn das Geschäft immer gleich gut ginge, dann möchte es noch sein. Im Sommer wird aber über mangelnde Beschäftigung geklagt. Die Händler müssen diese Zeit dann, die Preise zu drücken. Manch ein Händler hat es verstanden, seinen Gewinn noch auf eine andere Weise zu erhöhen. Es wird so nebenbei noch ein Kramladen eingerichtet. Es ist ja niemand verpflichtet, seinen Bedarf dort zu decken, aber der Händler ist ja auch nicht verpflichtet, dem Arbeiter die Kästchen abzunehmen. Deshalb kommen Kaffee, Zucker und dergleichen zu teuren Preisen in den Haushalt und verschlechtern noch weiter die Lage der Arbeiter.

Der Verdienst der Heimarbeiter schwankt, nach Abzug der Zutaten, zwischen 10—15 Mk.; arbeitet die ganze Familie mit, wird auch mehr verdient; aber die Arbeitszeit wird sich nie recht feststellen lassen. Der Verdienst kann auch nur schätzungsweise angegeben werden, wegen der Zutaten, die sich der Heimarbeiter nicht so genau ausrechnet. Vier Personen, darunter ein Junge von 10 Jahren, täglich je 14 Stunden Arbeit, fertigen die Woche 24—25 Gros große oder kleine Kästchen. Für Holz wird der halbe Preis berechnet, Schrift- oder Widraufleben kostet pro Gros 25 Pf. mehr. Der Preis der Kästchen schwankt zwischen 1,75 bis 2,80 Mk. pro Gros.

Auch dem Heimarbeiter wird mit der Organisation helfen können, wenn er nicht gleich die Finte ins Korn wirft und in zäher Ausdauer erst Aufklärung schafft. Die schüchternen Anfänge der gewerkschaftlichen Organisation werden hoffentlich sich weiter entwickeln, damit Thüringen, dieses ob seiner Schönheit von den Fremden so geschätzte Stück Erde, auch den einheimischen Arbeitern ein ausreichendes Stück Brot gewährt.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Aue im Erzgebirge (E. Pausch, E. Weich, A. Rudorf), **Samburg (Grenz)**, **Samburg, Sanau (Holzinger)**, **Sersford (Stüler)**, **Leipzig (Orgelbestandteilfabrik E. Gehlar u. Co.)**, **Kendtsburg (Eisenwerk Karlschütte)**, **Paris.**

Modellistilern nach Kendsburg (Eisenwerk Karlschütte).

Barkefleger nach Dresden (Heine), **Samburg-Altona, Leipzig (Firma W. Schulze, Inhaber O. Ebinger).**

Korbmachern nach Gernsheim a. Rh., Schiffdorf (Müller), Sellstedt (Allermann), Montreux.

Stadorbclern nach Eschwege (Lindenbaum u. Wirmann).

Pantinenmachern nach Treuenbriegen.

Schuhleistenarbeitern nach Alfeld a. d. L.

Schirmmachern nach Berlin (Nichtenstein).

Bergsolbern nach Stendal (Rechtenbach).

Klaviermachern nach Berlin (Weichstein).

Wie steht es mit der „Neutralität“?

n. Als im Jahre 1902 der Zolltarif verhandelt wurde, da regte es sich auch unter den katholischen Arbeitern. Diese vermochten nicht einzusehen, daß, um die Grundrente der Agrarier zu retten, gerade die Arbeiter, die Ärmsten der Armen, die Kosten zahlen mußten. So hoch belief sich ihr Einkommen nicht, daß sie davon noch den Agrariern in die Tasche schieben konnten, und so tief standen die Lebensmittelpreise auch damals nicht, daß eine Erhöhung den Arbeitern hätte gleichgültig sein können. Und die christlich-gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sagten sich, daß es doch ein Widersinn sei, für die Organisation Zeit, Geld und Mühe aufzuwenden, um den Arbeitslohn zu erhöhen und dann nachher die Steigerung des Arbeitslohnes wieder hinzugeben für die erhöhten Lebensmittelpreise, denn dann wäre ja die ganze Gewerkschaftsarbeit nur den Agrariern zugute gekommen. Derartige Erwägungen lagen zu offensichtlich auf der Hand, als daß sich die katholischen und zentrumstreuen Arbeiter ihnen hätten verschließen können. Und so gäbe es denn auch in diesen Kreisen, und zwar um so lebhafter, je annähernder sich die Agrarier gebärdeten und je näher der Abschluß des Zolltarifs kam. Die Auflehnung der katholischen Arbeiter kam dem Zentrum, das sich mit Haut und Haaren den Agrariern verpflichtet hatte, sehr unlegen, und so beschloß es denn, der Opposition ein Ende zu machen, so oder so! Es steckte sich hinter die christlichen Gewerkschaftsführer, die Herren Wiesberts, Schiffer und Genossen, und diese gaben als Ausschuss des Gesamtverbandes kund, daß die Beschäftigung mit der Zollfrage wider die „Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften verstoße und infolgedessen aus der Diskussion in Gewerkschaftsversammlungen und Gewerkschaftsblättern auszuschließen habe. Die Zollfrage sei eine „parteipolitische“ Frage und mit einer solchen sich zu befassen, sei für die christlichen Gewerkschaften fähungsgemäß nicht gestattet. Damit war der zollpolitischen Opposition in den Kreisen der katholischen Arbeiter das Rückgrat gebrochen; was davon noch übrig blieb, das wurde vom Zentrum mit Gewalt beseitigt, indem es die Versammlungen der Oppositionellen zunichte machte durch Lokalabreibung und Sprengkolonnen.

Der Zolltarif kam unter hervorragender Mitwirkung des Zentrums zustande und die deutsche Arbeiterklasse mußte sich eine unerhörte Verteuerung ihrer Lebensmittel gefallen lassen. Von Zeit zu Zeit pochte der Hunger der Hungernden besonders vernehmlich an die Türen der Arbeiterhütten, und dann kam auch den christlichen Arbeitern zum Bewußtsein, was es auf sich hat, zollpolitische Fragen aus der gewerkschaftlichen Diskussion auszuschließen und sich ihnen gegenüber auf das geheiligte Gebiet der „Neutralität“ zurückzuziehen. Anfangs 1910 schrieb das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“: „Die günstige Wirkungsstärke ermöglichte den Arbeitern zum Teil bessere Löhne zu erzielen, wie auch fast alle größeren Arbeiterbewegungen Lohnerhöhungen zum Ziele hatten. Die erhöhten Löhne wurden zum großen Teil jedoch durch eine Verteuerung der Wohnungsmiete und der Lebensmittel wieder weggenommen. Ganz besonders hatten die Fleischpreise zum Teil eine enorme Höhe. Ziffernmäßig läßt sich in diesem Moment eine Bilanz des Arbeiterhaushalts nicht aufstellen, wir neigen aber zu der Ansicht, daß durch die Verteuerung die Besserung nur gering sein kann.“ Natürlich hütele sich das Blatt, den Gründen der Lebensmittelleuerung nachzugehen und die agrarische Gesetzgebung, vor allem die Parteien des Zolltarifs anzuklagen. Einzelne christliche Gewerkschaftsblätter gingen allerdings weiter, indem sie zur Milderung der Fleischnot die Öffnung der Grenzen forderten. So das Blatt der christlichen Holzarbeiter, das Anfangs 1907 nicht nur die Öffnung der Grenzen, sondern

auch — wo bleibt die Neutralität gegenüber zollpolitischen Fragen? — die Beseitigung oder Herabsetzung des Viehzolles für das Vieh“ verlangte!

Am 9. November 1906 tagte im Muhreberg eine allgemeine Bergarbeiterkonferenz, die eine Eingabe an den Reichstag und den Reichskanzler zu richten beschloß mit dem Ersuchen, „daß schnellst durch Beschlüsse Mittel und Wege beschritten werden, um eine Verbilligung der Lebensmittel, ganz besonders aber der Fleischpreise, herbeizuführen“. Diese Petition war unterschrieben von den Vorsitzenden des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (alter Verband), des Gewerksvereins der Bergarbeiter Deutschlands (Girsch-Dunder), der polnischen Berufsvereinigung, des Vereins zur gegenseitigen Hilfe (Weuthen) und des — Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Derselbe Verein, dessen ehemaliger Vorsitzender Herr August Bruntz, hervorragend bei dem Zustandekommen des Beschlusses mitgewirkt hatte, die Beschäftigung mit der Zollfrage als neutralitätswidrig aus der Gewerkschaftsdebatte auszuschließen, der weiter hervorragend mitgewirkt hatte bei dem Bemühen, den Widerstand der christlichen Arbeiter gegen die agrarische Zollpolitik zu brechen, derselbe christliche Gewerksverein geht jetzt an den Reichstag und den Reichskanzler mit dem Ersuchen, die Folgen der Zollpolitik von 1902 abzuwenden! Wo blieb — so fragen wir wieder — in diesem Falle die „Neutralität“?

Und in den allerjüngsten Tagen hat sich das Spiel wiederholt. Christliche Arbeiterführer sind zusammengetreten und haben sich mit der Frage der Lebensmittelleuerung beschäftigt und fordern zu ihrer Linderung gesetzgeberische Maßnahmen: Öffnung der Grenzen zur Erleichterung der Vieheinfuhr, Zufuhr ausländischen Fleisches durch Einführung von Gefrierfleisch, Aufhebung des Verbotes der Einfuhr von Wachsenfleisch und Hartwurst, Erleichterung der Einfuhr von Gemüse, Einführung von Molkereiprodukten, insbesondere von Butter und Käse. Und der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter machte sich diese Forderung zu eigen und tritt damit in Gestalt einer Eingabe an den Reichskanzler. Und zum dritten Male fragen wir: Wo bleibt die politische „Neutralität“, die es angeblich den christlichen Gewerkschaften verbietet, sich mit zollpolitischen Fragen zu beschäftigen?

Die harte Wirklichkeit hat sich hier wieder einmal als die beste Lehrmeisterin erwiesen. Die Not, die an die Arbeiterhäuser klopfte, die Not, die den Arbeiterfrauen einen Seufzer nach dem andern entlockt, die Not, die die Wangen der Arbeiterkinder bleicher und bleicher werden läßt — sie hat mit harter Faust das Spinnweb der politischen Neutralität zerrissen und aufgebeut, was dahinter steckt: ein parteipolitischer Humbug! Diese Neutralität ist den christlichen Gewerkschaften vom Zentrum, das sich dabei der Herren Wiesberts, Schiffer und Genossen als Mittelsmänner bediente, aufgedreht und aufgezwungen worden, damit es ungestört die Geschäfte der Agrarier besorgen und das Volk über den Löffel barbieten konnte. Aber jetzt, wo die christlichen Arbeiter, ihre Frauen und Kinder die Folgen der agrarischen Zoll- und Liebesgaben-gesetzgebung am eigenen knurrenden Magen spüren, jetzt lehnen sie sich den Teufel um die politische Neutralität und zwingen ihre Führer, an Reichskanzler und Reichstag heranzutreten mit dem Ersuchen um gesetzgeberische Maßnahmen, die die Lebensmittelleuerung lindern sollen.

Der Schwindel der politischen Neutralität in Zollfragen ist unumwiderleglich als Schwindel erwiesen. Wird der Schwindel, wenn der nächste Reichstag sich mit dem Zolltarif zu beschäftigen hat, wieder aufleben? Werden die christlichen Arbeiter sich wiederum von ihren dem Zentrum ergebenen Führern einreden lassen, daß sie sich nicht mühen dürfen, wenn ihnen durch übermäßige Agrarzölle das Fell über die Ohren gezogen und ihnen die gewerkschaftliche Arbeit dadurch wieder zunichte gemacht wird, daß jede Lohnerhöhung ganz oder zum größten Teil in die innersächlichen Taschen der Agrarier fließt? Damals, im Jahre 1902, als unter den christlich-organisierten Arbeitern die Zollfrage diskutiert wurde, riet der im Lager der Zollgegner stehende Führer der christlichen Metallarbeiter, Herr Franz Wieber, den katholischen Arbeitern, „sich bei der demnächstigen Auswahl ihre Arbeitervertreter erst genau anzusehen. Es gibt manches Mal Arbeiter, die vergessen sehr schnell, daß es ihnen früher als Arbeiter verteuert schlecht ging; sie haben sich schnell in die besseren Verhältnisse eingelebt und kamen dann zu der Ansicht, namentlich wenn sie sich nach oben lieb Kind machen wollen, daß es dem Arbeiterstand viel besser ergeht, als den Grundbesitzern. Solche Elemente dürften wohl nicht die geeigneten Vertreter für die Arbeiter sein. Lieber gar keine Arbeitervertreter, als solche, die nur als Werkzeuge anderer dienen.“ Merkt's Euch, Ihr christlichen Kollegen!

Der Hamburger Kampf.

III.

Neben der strupellosen Hecke, die von der Schutzverbandsleitung in den eigenen Reihen betrieben wurde, machte diese sich auch daran, in die Reihen der Ausständigen den Zankapfel hineinzutragen. Am 30. April ging unseren sämtlichen Kollegen per Post ein vom Schutzverband herausgegebenes Flugblatt zu, welches darauf berechnet war, in ihre Reihen Uneinigkeit zu bringen und

Streitbrecher anzuladen. Es wurde ihnen darin wie folgt zugeredet:

„Holzarbeiter, war denn der Kampf unerblich?“

Die Leidtragenden werdet Ihr doch in erster Linie selbst sein. Ihr werdet die Hecke bezahlen müssen. Die Arbeitgeber wollten Euch alles bewilligen, aber Eure Verwaltung wollte den Frieden nicht. Ein Kampf im Holzgewerbe war schon vor Ausbruch desselben eine längst beschlossene Sache. Man wollte im Hamburger Wohngebiet ein Extratänzchen ausführen. Dies sind die eignen Worte eines Arbeiterführers. Das Wohl der an dem Kampf beteiligten Arbeiterkreise war dabei Nebenache. —

Holzarbeiter, wie sind aber die Aus-sichten für den Ausgang des Kampfes?

Für die Arbeitgeber sind die Aus-sichten durchaus günstig. — Die Konjunktur ist überaus schlecht. — Das Abschleiben der Streikenden von hier ist deshalb wirkungslos. — Viele Eurer Kollegen sehen deshalb schon jetzt die Aussichtslosigkeit des Kampfes ein. Sie wenden einer Organisation den Rücken, die es so wenig versteht, die wahren Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Wie wird sich die fernere Zukunft gestalten?

Holzarbeiter, wie lange wollt Ihr die Hände in den Schoß legen und tatenlos zusehen, wie Eure Verwaltung Eure Interessen mit Füßen tritt? —

Holzarbeiter, die Arbeitgeber sind nach wie vor bereit, Euch in bezug auf Eure materiellen Forderungen entgegenzukommen.“

Doch die lieben Holzarbeiter durchschauten den sauberen Plan der Schutzverbändler und bezeichneten in ihrer Versammlung das ganze Manöver als viel zu lächerlich, um es einer ernstlichen Würdigung für wert zu halten.

Es stand von vornherein fest, daß auf Arbeitgeberseite gewaltige Mächte am Werke waren, um ihrer Sache zu einem Erfolg zu verhelfen. Diese Mächte und insbesondere die namhaften Geldunterstützungen, die den kämpfenden Schutzverbändlern von „oben“ zugewendet wurden, imponierten diesen gewaltig, sie gingen mit ganzem Eifer an das Vernichtungswerk und überboten sich förmlich in dem Bestreben, sich ihren „Wohltätern“ würdig zu erweisen. Wäre es dem Schutzverband gelungen, die Einigkeit und Geschlossenheit im eigenen Lager durchzusetzen und aufrecht zu erhalten, dann hätte es an sonstigen Mitteln nicht gemangelt. Aber gerade in dieser Beziehung hat der Schutzverband seine Kräfte weit über-spannt; die Arbeitgeber sahen bei Befolgung der eingeschlagenen Taktik ihre Existenz in hohem Maße bedroht und lehrten dem Schutzverband daher zum großen Teil den Rücken.

Das Bestreben unserer Kollegen mußte darauf gerichtet werden, die Reihen des Schutzverbandes zu lichten und die zum Frieden geneigten Firmen aus den Strahlen des Schutzverbandes zu befreien. Es war nicht ganz leicht, diese Taktik durchzuführen, denn es bestand in den Reihen der Streikenden und Ausgesperrten eine beträchtliche Abneigung gegen den Abschluß der Einzelverträge und es muß auch gesagt werden, daß sich überfluge „Matgeber“ von außen her an die Ausständigen herandrängten, um sie gegen die Absichten der Streikleitung aufzubekken. Gar mancher, der es für seine Aufgabe hielt, über derartige Dinge sein „maßgebliches“ Wort mit in die Waagschale zu werfen, dürfte sich inzwischen überzeugt haben, daß auch auf ihn das alte Sprichwort paßt: „Es reißt sich am besten über Dinge, von denen man nichts versteht.“ Bei unsern Kollegen reichte die Einsicht und Disziplin weit genug, um trotz solcher Machenschaften den rechten Weg nicht aus dem Auge zu verlieren.

Es war unschwer einzusehen und die Erfahrung hat die Richtigkeit bestätigt, daß die Gegenpartei an dieser Stelle besonders schwach war. Ihr fehlte von vornherein nichts mehr als eine geschlossene Phalanx. Alles andere und besonders die weitgehendste materielle und geschäftliche Unterstützung war durchaus vorhanden, da hätte es ja eigentlich bloß noch gefehlt, daß wir dafür gesorgt hätten, in den wartenden Reihen des Gegners die nötige Einmütigkeit herzustellen und das wäre schließlich doch der einzige Effekt gewesen, wenn wir etwaige Bewilligungen einzelner Firmen hätten ausschlagen wollen. Trotz des Widerspruchs unserer „Opposition“ fehlte die Streikleitung ihre Taktik durch, so daß bis Ende Juli circa 2400 Kollegen in 270 Betrieben zu geregelten Bedingungen arbeiteten, während noch 1500 Kollegen im Kampfe standen und über 1000 abgereist waren.

Es lag auf der Hand, daß mit den Einzelverträgen auf die Dauer nicht auszukommen war. Das traf sowohl für die Arbeiter wie für die Arbeitgeber zu. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß mit dem Augenblick, wo die Zahl der geregelten Betriebe groß genug war, um untereinander eine geschlossene Interessengemeinschaft bilden zu können, sich eine solche durchsetzen mußte, denn diese Betriebe bedurften dringend nach den verschiedensten Seiten hin des gegenseitigen Schutzes.

Die Schutzverbandsleitung erblickte eine ihrer Aufgaben darin, gegenüber denjenigen Firmen, welche sich mit dem Holzarbeiterverband verständigt hatten, alle Mittel des wirtschaftlichen und geschäftlichen Drucks in der rigoro-ssten Weise in Anwendung zu bringen. Wo sich nur die Möglichkeit bot, wurde jenen Firmen die Kundschaft abgetrieben, das Material gesperrt, der Kredit entzogen, die Gläubiger aufgeheit, kurz alles, was sich an Terrorismus erfinden ließ, wurde rücksichtslos zur Anwendung gebracht.

Das sollte insoweit eine günstige Wirkung, als dadurch bei den Verfolgten das Bedürfnis erwachte, durch Gründung einer Gegenorganisation dem Schutzverband ein Halt zu geben und untereinander Schutz und Unterstützung zu finden. Als sich die ersten Anzeichen dieser Bestrebungen bemerkbar machten, spie der Schutzverband abermals Gift und Galle und verdoppelte seine Machtpläne gegenüber diesen Gegnern aus seinen eigenen Reihen. Hätte er anstatt dessen Vernunft gebraucht und loyal mit diesen Leuten geredet, so wäre er besser gefahren. Aber: den die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit; dieses Sprichwort hat sich am Schutzverband wirklich erfüllt.

In der ersten Versammlung der bewilligten Firmen wurde eine Kommission beauftragt, mit der Schutzverbandsleitung Rücksprache zu nehmen, um gemeinsam einen gangbaren Weg zur Anbahnung des allgemeinen Friedens zu suchen. Als jedoch diese Kommission beim Schutzverband erschien, wurde sie kurzerhand an die frische Luft gesetzt. Damit war das Tischtuch endgültig zerschlagen, die Gründung des neuen Arbeitgeberverbandes ging nunmehr schnell vor sich. Gleichzeitig wurde an unsere Streikleitung die Anfrage gerichtet, ob wir bereit seien, mit dem neuen Arbeitgeberverband in Verhandlungen einzutreten, um an die Stelle der vielen Einzelverträge einen Normalvertrag treten zu lassen. Wir nahmen diesen Antrag an, traten in Verhandlungen ein und konnten am 20. Juli unserer Versammlung den fertigen Vertrag in fünf Arbeitsnachweisregulativ unterbreiten. Der neue paritätische Arbeitsnachweis wurde am 21. August eröffnet.

Durch diese Vorgänge hatte sich die Situation in entscheidender Weise verändert. Die neue Arbeitgeberorganisation zeigte trotz aller Anfeindungen genügend Mut und Entschlossenheit, als selbständige Vertragspartei dem Holzarbeiterverband gegenüberzutreten, wobei ihr allerdings zugute kam, daß sie bei dem Arbeiterschutzbund für das deutsche Holzgewerbe bezüglich ihrer prinzipiellen und tatsächlichen Haltung in der Vertragsfrage eine Anleihe machen konnte.

Währenddessen hatten die Schutzverbände ihr Augenmerk auf die

Schaffung von Streikbrechern gerichtet. Neben einem Heer von Streikbrecheragenten gingen auch eine Anzahl Tischlermeister mit auf die Suche nach solchen Elementen, was wenigstens mal eine angenehme Abwechslung und — bei den hohen Spesen des Arbeitgeberverbandes auch ein ganz einträgliches Geschäft war. Wie immer bei derartigen Gelegenheiten, kamen auch in diesem Falle recht viele dunkle Gestalten nach Hamburg, doch darf gesagt werden, daß eine wesentliche Vereinfachung unserer Position dadurch nicht herbeigeführt worden ist. Auch haben unsere Kollegen in und außerhalb Hamburgs mit großem Fleiß darüber gewacht, daß der Weizen dieser Gesellschaft nicht allzu üppig ins Kraut schießt. Der Arbeiterschutzbund allerdings mußte so tun, als ob er völlig oben auf sei und um das Wort würdig zu krönen, griff er zu dem ebenso bekannten wie untauglichen Mittel, die zusammengehörten Streikbrecher zu einem sogenannten „Holzarbeiterverband von 1911“ zu organisieren. Mit dem Gelde des Schutzverbandes wurde alles in die Wege geleitet, es wurde ein Vertrag und ein Arbeitsnachweis gemacht und ein besoldeter Geschäftsführer angestellt, um auf diese Weise um so wirksamer gegen den Holzarbeiterverband anzukämpfen zu können. Doch auch dieser Coup ist mißglückt; das Ganze ist bald elend zertrümmert und bei Beendigung des Kampfes redete niemand mehr von dieser Geldsackmischgeburt.

Gegenüber dieser schroffen Haltung der Arbeitgeber war

unsere Stellungnahme von selbst gegeben. Es bestand vollständige Einigkeit darüber, daß die von den Scharmachern herangezogenen „Prinzipien“ unter allen Umständen abgewehrt werden mußten, da sie eine direkte Gefahr für die Entwicklung des ganzen Vertragswesens der Holzindustrie bedeuteten hätten. Die Hamburger Herren wollten von einem Vertragsabschluß und von Vertragsverhandlungen auf der Grundlage, wie solche Verhandlungen in den letzten zwei Jahren geführt worden waren, prinzipiell nichts wissen; sie lehnten die vereinbarte Vertragsvorlage prinzipiell ab. Der paritätische Arbeitsnachweis wurde von ihnen aus prinzipiellen Gründen bekämpft; die Schadenersatzlagen waren für sie ein prinzipieller Bestandteil des Vertrages. Das waren gerade Streitfragen genug, deren Wichtigkeit von unseren Kollegen absolut nicht verkannt wurde, und sie trafen daher alle Maßnahmen, um den ihnen aufgezwungenen Kampf in Ehren zu bestehen. Neben der nötigen Aufklärung in den eigenen Reihen wurden auch denjenigen Arbeitgebern, die zum Frieden geneigt waren, die notwendigen Unterlagen für eine richtige Beurteilung der Sachlage zugänglich gemacht und mit allen Mitteln darauf hingearbeitet, möglichst viele Arbeitgeber zur Wiederaufnahme ihrer Betriebe zu veranlassen. Wir betrachteten jeden derartigen Einzelabschluß — natürlich unter Bewilligung unserer Forderungen — als einen Gewinn für uns und eine Schwächung des Gegners.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales.

Neue Pläne an der Gewerbeordnung.

Es gibt kein Gesetz in Deutschland, an welchem so viel herumgerätselt wurde, als an der Reichsgewerbeordnung. Sellen vergeht eine Reichstagsession, ohne daß eine neue

Gewerbeordnungsnovelle vorgelegt würde. Die letzte große Novelle datiert vom Jahre 1907, sie ist aber unendlich geblieben. Am 11. Februar 1910 wurde dem Reichstag eine andere Novelle vorgelegt, die nur Teile aus dem ungeliebten Entwurf enthielt. Mit der Erledigung dieser Gesetzesvorlage hat sich aber der Reichstag recht Zeit gelassen. Nach der ersten Lesung wurde die Vorlage einer Kommission überwiesen, die ihre Arbeit erst im Januar 1911 im Angriff nahm. Seit dem März dieses Jahres liegt der Kommissionsbericht vor, aber erst am 18. November stand die zweite Lesung auf der Tagesordnung. Die Abgeordneten scheinen diesem gesetzgeberischen Werk keine besondere Bedeutung beimessen, denn der Sitzungssaal war fast beängstigend leer.

Diese Gewerbeordnungsnovelle gehört zu den Gesetzen, die der sterbende Reichstag noch schnell unter Dach bringen will, damit die schwarz-blaue Mehrheit nicht mit ganz leeren Händen vor die Wähler zu treten braucht. Was aber jetzt durchgepeitscht wird, ist auch danach, und aus der Gleichgültigkeit, mit welcher die Abgeordneten dieses „soziale Reformwerk“ behandeln, kann man leicht auf dessen Wert schließen. In seiner Sitzung sollte zunächst die zweite Lesung des Schiffahrtsabgabengesetzes zu Ende geführt werden. Das gelang jedoch nicht. Einige Parteien mußten zurückgestellt werden, da andernfalls von freisinniger Seite die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt worden wäre, was den vorzeitigen Schluß der Sitzung zur Folge gehabt hätte. Nur die Beratung der Gewerbeordnungsnovelle wurde jedoch die Besetzung des Reichstages für ausreichend gehalten.

Der § 114a der Gewerbeordnung, der dem Bundesrat das Recht gibt, für bestimmte Gewerbe Lohnbücher oder Arbeitszeitprotokolle vorzuschreiben, soll nach dem Vorschlag der Kommission eine Ausgestaltung erfahren. Von sozialdemokratischer Seite wurde auf die Unzulänglichkeit der neuen Bestimmungen hingewiesen, die noch weit hinter dem Inhalt der Regierungsvorlage vom Jahre 1907 zurückbleibt. Der Paragraf wurde aber in der Kommissionsfassung angenommen. Zu dem § 114b, nach welchem das Lohnbuch auf Kosten des Arbeitgebers zu beschaffen, aber dem Arbeiter unentgeltlich auszuhandeln ist, hat die Kommission einen Zusatz beschlossen, nach welchem das Lohnbuch in der Betriebsmerkmale zurückgehalten werden kann, wenn der Arbeitgeber befürchtet, daß durch dasselbe Fabrikgeheimnisse verraten werden können. Was das für Geheimnisse sind, die durch das Lohnbuch verraten werden können, ist ja nicht ohne weiteres klar; aus der Diskussion erhob man aber, daß mit Hilfe der Lohnbücher die elenden Löhne zum Beispiel der Konfektionsarbeiter, für welche diese Bestimmungen wohl hauptsächlich in Betracht kommen, einwandfrei festzustellen sind. Dagegen müssen die Unternehmer geschützt werden. Deshalb wurde die fragliche Bestimmung von allen bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der § 120, der von der Pflicht des Besuchs einer Fortbildungsschule für Arbeiter unter 18 Jahren handelt, erhält nach den gefaßten Beschlüssen eine Erweiterung dahingehend, daß diese Schulpflicht auch für Arbeiterinnen unter 18 Jahren gilt und bei Arbeitslosigkeit in Kraft bleibt. Bei dem § 120f, welcher dem Bundesrat und den Landeszentralbehörden das Recht gibt, für Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, einen Maximalarbeitslag festzusetzen, beantragten die Sozialdemokraten, außer bei Gesundheitsgefährdung die Arbeitszeit auch dann zu beschränken, wenn die Fortbildung oder das Familienleben der Arbeiter oder die Sicherheit des Betriebes gefährdet ist. Gegen diese Verbesserung des Arbeiterschutzes wandten sich mit gleichem Eifer die Vertreter der Berliner und der M.-Gladbacher Richtung des Zentrums, die Herren Fleischer und Pieper, und ihren vereinten Bemühungen gelang es auch, den Antrag zu Fall zu bringen; der gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt wurde.

Im § 134 wurde eine Änderung vorgenommen, nach welcher die Arbeitgeber verpflichtet sind, bei der Lohnzahlung dem Arbeiter einen schriftlichen Beleg (Lohnzettel, Lohnkarte, Lohnbuch usw.) einzuhändigen, aus welchem der Betrag des verdienten Lohnes und die einzelnen Abzüge ersichtlich sind. Ein sozialdemokratischer Antrag, der auch die Angabe der Zahl der Arbeitsstunden oder Tage auf dem Lohnzettel vorschreiben wollte, wurde abgelehnt. Einige weitere Änderungen betreffend formale Bestimmungen beschlossen wurde, daß das Gesetz am 1. April 1912 in Kraft treten soll.

Nach Erledigung der Gewerbeordnungsnovelle vertagte sich der Reichstag wieder auf eine Woche. Die nächste Sitzung findet am 27. November statt, und dann ist auch das Ende dieses Reichstages nicht mehr fern.

Ein Veteran der Arbeiterbewegung. Am 28. November feierte das Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes Wilhelm Pfannkuch seinen siebzigsten Geburtstag. Pfannkuch ist in Kassel geboren und war von Beruf Tischler. In jungen Jahren auf die Wanderschaft gegangen, arbeitete er um die Mitte der sechzig Jahre in Berlin. Hier fühlte er sich anfangs zu Schulze-Delitsch hingezogen, aber bald übten die Schriften Lassalles, die er eifrig studierte, einen großen Reiz auf ihn aus. Zu Ende des Jahres 1888 in seine Vaterstadt zurückgekehrt, beteiligte er sich eifrig als Agitator für den Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Daneben interessierte er sich für die gewerkschaftliche Organisation und wurde sehr bald der anerkannte Führer der Kasseler Arbeiter. Sein erfolgreiches agitatorisches Wirken fand auch insofern Anerkennung, als er im Jahre 1877 in der königlichen Eisenbahnwerkstätte, wo er sieben Jahre lang gearbeitet hatte, gemahregelt wurde. Bald danach kam das Sozialistengesetz, dessen Annehmlichkeiten zu kosten auch Pfannkuch reichlich Gelegenheit hatte. In dieser Zeit schlug er sich als Bigarrenhändler kümmerlich durch. Im Jahre 1892 übernahm Pfannkuch die Redaktion der „Neuen Kasseler Zeitung“ in Hamburg, welche zum 1. Juli 1893 mit der Gründung des Deutschen Holzarbeiterverbandes in die

„Holzarbeiter-Zeitung“ umgewandelt wurde. Die Redakteurstellung behielt Pfannkuch bis Ende 1893. Am 1. Januar 1894 trat er die Stellung im Parteivorstand an. Das Veritaun, welches die deutsche Arbeiterschaft in ihn setzte, hat er in hohem Maße gerechtfertigt, und er ist auch seither Jahr für Jahr in seiner Stellung bestätigt worden. Seit 12 Jahren ist Pfannkuch Berliner Stadtrat. Dem Reichstag gehörte er von 1884 bis 1887 als Vertreter von Berlin VI und von 1898 bis 1906 als Abgeordneter von Magdeburg an.

Mit unserem Glückwunsch an den Siebzigjährigen verbinden wir den Ausdruck der Hoffnung, daß es dem Veteran der Arbeiterbewegung vergönnt sein möge, noch recht lange in körperlicher und geistiger Frische für die Ideale der Arbeiterbewegung zu kämpfen und zu wirken.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung tritt am 1. Januar 1912 in Kraft. Nach diesen Bestimmungen werden die Beiträge nicht unerheblich erhöht, die Alters- und Invalidenrenten erfahren jedoch keine wesentliche Veränderung. Eine geringe Steigerung der Rente tritt nur bei Invalidenrentnern ein, die Kinder unter 15 Jahren haben. Hier erhöht sich der Rentenbetrag für jedes Kind um ein Zehntel, jedoch höchstens auf den anderthalbfachen Betrag. Die Rückertattung der Beiträge, die seither von weiblichen Versicherten beim Eingehen der Ehe und von den Hinterbliebenen eines Versicherten verlangt werden konnte, der nicht in den Genuß einer Rente gelangt war, kommt vom 1. Januar ab in Wegfall. Dafür tritt mit diesem Zeitpunkt die Witwen- und Waisenversicherung in Kraft. Die Wirkung dieser Einrichtung besteht darin, daß die Witwen der Versicherten zunächst nichts erhalten. Nur Witwen, die völlig invalid sind, erhalten einige Beihilfensummen.

Die Beiträge zur Versicherung werden erhöht, die der Beitragsleistung zugrunde gelegten Lohnklassen bleiben jedoch unverändert. Demnach bedingt ein Jahresarbeitsverdienst bis 350 Mk. die Zugehörigkeit zu Lohnklasse I. In der Lohnklasse II beträgt der Jahresarbeitsverdienst 350-550 Mk., in der Lohnklasse III 550-850 Mk., Lohnklasse IV 850-1150 Mk., Lohnklasse V über 1150 Mk. Für die Zuweisung der Versicherten in die einzelnen Lohnklassen ist jedoch nicht der tatsächlich verdiente Lohn, sondern in der Regel das Dreihundertfache des Grundlohnes maßgebend, der für die Krankenkasse in Betracht kommt. Die Veränderungen in der Höhe des Versicherungsbeitrages ergeben sich aus der folgenden Zusammenstellung:

	Lohnklasse				
	I	II	III	IV	V
Wochenbeitrag seither	14	20	24	30	36 Pf.
ab 1. Januar 1912	18	24	32	40	48

Um das Leben zu erleichtern, werden ab 1. Januar außer den Marken für eine Woche auch solche für zwei Wochen und für 13 Wochen ausgegeben. Ferner werden Zulafmarken im Werte von 1 Mk. ausgegeben, welche die Versicherten freiwillig neben können, um ihren Rentenanspruch zu erhöhen. Vom 1. Januar ab dürfen nur noch die neuen Marken geliebt werden, doch sind für nachträgliche Beitragsleistungen für die Zeit vor dem 1. Januar die alten Marken zu verwenden.

Die Berliner Konsumgenossenschaft hat in den letzten Jahren eine rapide Vorwärtswentwicklung durchgemacht. Diese setzte ein, nachdem im Jahre 1908 die Vertriebsstelle der einzelnen Konsumvereine begann. Heute gehört Groß-Berlin von Charlottenburg im Westen bis nach Friedrichshagen im Osten einer Konsumentenorganisation an. Die Genossenschaft hat im Mai dieses Jahres eine große eigene Betriebsanlage in Lichtenberg bezogen, in der sich jetzt neben Zentrallverwaltung und Lager die große eigene Bäckerei, Kaffeeösterei und die Limonadenfabrikation befinden. In dem am 30. Juni abgeschlossenen 12. Geschäftsjahre wurde 8 071 998 Mk. Umsatz erzielt. Die Zahl der Mitglieder betrug 33 423 und ist seitdem schon wieder bedeutend gestiegen. Dem Warenumsatz dienen gegenwärtig 82 Verkaufsstellen. Die Arbeitsverhältnisse sind durch Tarifverträge mit den beteiligten Gewerkschaften geregelt. Die Arbeitszeit ist eine achtstündige und erhalten zum Beispiel an Lohn Lagerarbeiterinnen 13,65 bis 18,00 Mk. pro Woche, Transporarbeiter 27,30 Mk., steigend bis 32,80 Mk., Schauffreier 34 Mk., Bäcker 32,50 Mk. Anfangslohn Lagerhalter 1800 bis 2700 Mk. pro Jahr. Die Genossenschaft beschäftigte am 1. Juli 1911 zusammen 412 Personen. Die vorgenannten Beispiele zeigen, wie die Konsumenten durch ihren gemeinschaftlichen Warenbezug vorbildlich auf die Arbeitsbedingungen einwirken können. Der Vorteil, den sonst der private Geschäftsmann einsteckt, kommt eben in den Konsumvereinen den Käufern und dem Personal zugute.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der durch die Berufung des bisherigen Gauvorstehers Kollegen Neumann in den Verbandsvorstand frei gewordene Posten des Gauvorstehers in Hamburg wird hierdurch zur Bewerbung ausgeschrieben.

Als Bewerber sind nur Verbandsmitglieder zugelassen. Dieselben müssen längere Jahre eigene praktische Erfahrungen im ganzen Verbandsleben gesammelt und die Fähigkeit haben zu agitatorischer und organisatorischer Tätigkeit, als Redner in Versammlungen sowie besonders auch als Vermittler bei Lohnbewegungen usw. Weiter müssen sie befähigt sein, alle Korrespondenzen des Gauvorstandes mit den Zahlstellenverwaltungen dem Verbandsvorstand und den Arbeitgebern selbständig zu erledigen, sowie auch im Rednen so bewandert sein, wie dies zur Revision und Kontrolle der Kassenvorwaltung und der Abrechnungen der Zahlstellen und zur Führung der Kassengeschäfte des Gauvorstandes selbst erforderlich ist.

Die Anstellung erfolgt nach der vom Vorstand und Ausschuß vorzunehmenden Wahl zunächst probeweise mit sechsmonatiger Kündigung, die definitive Anstellung erst nach Ablauf eines Jahres. Das Gehalt beträgt im Anfang 170 Mk. pro Monat, nach jedem vollendeten Dienstjahr um 10 Mk.

Umgang bis zu 20 Mt. pro Monat; hinzukommt die für die Jahrbücher Hamburg festgelegte Ortszulage, welche 20 Mt. pro Monat beträgt.

Der Ausschuss sollte möglichst sofort nach der Wahl erfolgen. Verhandlungsmitglieder mit obiger Qualifikation, welche sich um die Stelle bewerben wollen, haben eine schriftliche (handgeschriebene) Abhandlung einzubringen, welche ihre Ansichten und Vorschläge bezüglich der Art und Weise ihrer Gesamttätigkeit in dem Gau darlegt, sowie ferner einen Bericht über die Art und Zeitdauer ihrer Tätigkeit im Verband ihrer Bewerbung beizufügen.

Als Termin für die Einreichung der Bewerbungen ist der 20. Dezember festgesetzt. Die Bewerbungen sind bis zu diesem Tage an den Verbandsvorstand in Berlin einzureichen. Das Resultat der Wahl wird von uns veröffentlicht werden; eine persönliche Benachrichtigung der Nichtgewählten erfolgt nicht.

An Stelle des Kollegen Herrn Richter, der infolge Berufswechsels aus dem Verbandsvorstand ausgetreten ist, ist der Kollege Robert Schade, Tischler, von der Zahlstelle Berlin als Weisiger in den Vorstand gewählt worden.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 48. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter gingen folgende Beträge bei uns ein: Güstrow 50.—, Girschberg 15.—, Friedeberg i. d. Neumark 6,50, Rathenow 50.—, Freiberg i. Sachsen 11,75, Leubsdorf 15.—, Chemnitz 100.—, Limbach 6,10, Göttha 100.—, Goeding 25.—, Magdeburg 250.—, Wilsen 50.—, Bielefeld 300.—, Celle 50.—, Lemgo 42,75, Schölm 50.—, Cham 5.—, Regau 7,05, Ehlingen 40.—, Friedberg i. Br. 100.—, Schm. Hall 10.—, Heidenheim 25.—, Markt. In Summa: 1300,15 Mt.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 213581 Ad. Treutler, Tischl., geb. 28. 1. 87 zu Königswalde.
- 214548 Peter Storch, Tischler, geb. 20. 9. 86 zu Teschov.
- 318012 Karl Domsch, Tischl., geb. 18. 8. 48 zu Wirschau.
- 328137 Joh. Rost, Tischler, geb. 18. 7. 78 zu Weir.
- 389660 Hans Kühner, Tischl., geb. 14. 7. 86 zu Wustleben.
- 412830 Joh. Illrich, Tischl., geb. 13. 5. 08 zu Stockheim.
- 439638 Friedr. Holzmeier, Tischl., geb. 4. 11. 80 zu Oberbauerschaft.
- 522608 Josef Schmüling, Masch. Arb., geb. 8. 9. 88 zu Dortmund.
- 530008 Wilh. Wiese, Modellischl., geb. 18. 6. 88 zu Bradel.
- 569355 Adolf Blankenfeld, Tischl., geb. 15. 8. 68 zu Drauburg.
- 578002 Wilh. Stadlander, Tischl., geb. 2. 5. 88 zu Ritterhude.
- 587108 Joh. Gräber, Masch. Arb., geb. 9. 6. 74 zu Krefeld.

Berlin G. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Afherleben. Unsere Versammlungen sind meist recht schlecht besucht. Es ist bedauernd für unsere Kollegen, dass die jetzige Forderung nicht durch eine Lohnerhöhung befriedigt werden kann. Aber die Kollegen machen lieber Überstunden, um zu ihrem Gelde zu kommen, statt die Verhandlungsinteressen zu verfolgen. Bei dieser Gleichgültigkeit kann es vorkommen, dass Kollegen wegen ihrer Verantwortlichkeit gemindert werden, ohne dass dagegen eingeschritten wird. In der größeren hiesigen Werkstatt, wo ungefähr 15 Mann beschäftigt sind, ist vor kurzer Zeit ein neuer Werkführer eingestellt worden, der die Arbeiter sehr humanesell behandelt; aber trotzdem sind die Kollegen nicht zu bewegen, sich in ihrer Mehrzahl dem Verbands anzuschließen. Dafür sind in dieser Werkstelle Überstunden und Sonntagsarbeiten sehr Mode. Die Löhne der hiesigen Bau- und Möbelarbeiter schwanken zwischen 28 und 45 Pf. Das ist keine zeitgemäßen Löhne mehr, sollte doch wohl jedem einleuchten und jeden veranlassen, sich um seine Verhandlungsinteressen zu kümmern. Hier haben wir zwei Eisengießereien. In der einen arbeiten 35 Modellischler, wovon ungefähr 30 organisiert sind; in der anderen 10, wovon 5 organisiert sind. Die Löhne betragen im Durchschnitt 50 Pf. Nun liegen hier die Dinge bei den Modellischlern noch schlimmer als bei den Bau- und Möbelarbeitern. Das Schmarobertum ist in beiden Werkstätten zu hoher Mitleid gelangt. In den Versammlungen lassen sich nur selten einige Modellischler sehen. Warum versuchen die Kollegen aus der größten Werkstelle, die doch zum größten Teil organisiert sind, nicht die Villeriede-Werke zu organisieren? In beiden Werkstätten könnten mit Leichtigkeit bessere Verhältnisse, hauptsächlich Ventilatorn geschaffen werden. Also, Kollegen, beherzigt diese Worte und ändert Euer Verhalten.

Hannau. Die Mitgliederzahl unserer jungen Zahlstelle hat sich erfreulich gehoben, so daß wir am 12. November unser erstes Stiftungsfest bei vollem Hause abhalten konnten. Auch aus dem benachbarten Dilsheim hatten sich Kollegen zu dieser Feier eingefunden. Hauptvortragsgegenstand war ein Referat über den Mangel der gewerkschaftlichen Organisation, das allgemeinen Beifall fand. Wir möchten nun wünschen, daß künftig auch unsere Versammlungen ebenso zahlreich besucht werden wie dieses Fest, damit wir in erster Beratung praktische Erfolge zeitigen können.

Berlin (Schrift- und Modellischler.) Die letzte Verbandversammlung beschäftigte sich mit dem seit einiger Zeit in der 'Holzarbeiter-Zeitung' erörterten Vorschlag, in nächster Zeit eine Branchenkongress abzuhalten. Die Kommission, welche sich bereits mit der Frage beschäftigt hatte, begründete ihre ablehnende Stellung. Die Beschlüsse von Halle, so wurde ausgeführt, seien doch noch lange nicht in der Weise zur Durchführung gebracht, daß sich die Kollegen bereits damit abfinden können. Die verschiedenen vorgeschlagenen Punkte sind zum Teil in Halle erledigt, zum Teil noch nicht genügend vorbereitet. Die Heranziehung der Kollegen zur Organisation sei noch ein großes Arbeitsfeld für die einzelnen Sektionen und in

einigen Jahren dürfte sich die Abhaltung einer Konferenz als erprobter erweisen als jetzt. In der Diskussion wurde der Vorschlag der Kommission, von der Abhaltung einer Konferenz vorläufig abzuraten, von mehreren Kollegen heftig angegriffen, jedoch bei der Abstimmung gegen eine starke Minderheit angenommen. Die Kollegen werden dann noch darauf aufmerksam gemacht, daß seit Mitte Oktober für die Privatbetriebe ein Vertragverhältnis besteht. Alle sich daraus ergebenden Differenzen sind sofort schriftlich an den Chairman der Schlichtungskommission zu melden, damit dieselben auf diesem Wege erledigt werden können.

Dresden. (Modellischler.) Die letzte Sektionsversammlung beschäftigte sich mit der geplanten Konferenz und war der Meinung, daß dieselbe stattfinden soll. Die Ansicht der süddeutschen und Berliner Sektionen können wir nicht teilen. Wenn angeführt wird, daß noch viel Agitationsarbeit zu leisten ist, so muß den Kollegen gesagt werden, daß dazu seit der letzten Konferenz genug Zeit zur Verfügung stand. Das Material ist nach unserer Ansicht umfangreich genug, um an solcher Stelle beraten zu werden. Räumlich: 1. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen über größere Distrikte. Besondere Beachtung muß dem Akkordwesen geschenkt werden. 2. Einführung von Verträgen. 3. Stellungnahme zur Streikarbeit. Hier muß ein einheitliches und schnelleres Vorgehen angestrebt werden. 4. Unsere Zentralkommission und ihre Tätigkeit. 5. Bei Lohnbewegungen wäre es von großem Vorteil, wenn beim Hauptvorstand ein etwas schnelleres Verfahren erreicht würde, da oft der ganze Erfolg davon abhängt.

Grewesmühlen. Es scheint fast, als hätten sich die hiesigen Kollegen seit dem Abschluß unseres Vertrages in den Winterurlaub begeben. Kollegen, besucht regelmäßig die Versammlungen und merkt die Kümbervereine. Am 1. Januar 1912 tritt der tarifliche Stundenlohn von 41 Pf. in Kraft. Selbstverständlich muß jeder Kollege auf die Einhaltung dieser Vertragsbestimmung achten. Aber auch sonst muß den Bestrebungen unserer Organisation sorgfältig die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden, wenn wir verhindern wollen, daß unsere Erwerbschancen wieder verloren gehen.

Damborn. Man sollte es kaum für möglich halten, daß eine solche Rauheit und Müdigkeit unter den Kollegen Platz greifen kann, wie hier am Orte in letzter Zeit. So konnte am vergangenen Samstag kaum eine Mitgliederversammlung zustande kommen, und das kurz vor Ablauf des Tarifvertrages, wo eigentlich keiner in einer Versammlung fehlen sollte. Einigen Kollegen kann sogar die Arbeitszeit gar nicht lang genug sein. Müßig und mehr Stunden am Tage sind keine Seltenheiten mehr. Kollegen von Damborn, soll das so weitergehen? Wollt ihr im kommenden Jahr eure Verhältnisse bessern, dann heraus aus dem Schlaf. Die nächste Versammlung findet am Samstag, den 16. Dezember, statt, wozu alle Kollegen erscheinen müssen.

Nellingen. Am Bierisch im persönlichen Verkehr und in den Werkstätten haben die meisten Kollegen über alles mögliche zu klagen, aber in die Versammlungen zu gehen, dort ihre Wünsche und Beschwerden vorzubringen, und mit zu beraten, halten viele nicht für nötig. Sind hier am Plage doch noch Uebelstände, wie man sie wohl noch selten antrifft. Ist es doch in allerletzter Zeit erst vorgekommen, daß ausgeladene Kollegen von ihren Weistern geprügelt worden sind. Und in den Lohnverhältnissen sieht es noch ganz traurig aus. Darum aufgewacht von der Gleichgültigkeit, Kollegen, und besucht regelmäßig die Versammlungen.

Alm. Die Sektion der Modellischler erkannte in ihrer letzten Versammlung die Notwendigkeit einer Konferenz an, und zwar aus folgenden Gründen: Die Streikarbeit erheischt eine vollständige Klärung, wenn wir in Zukunft besser und sicherer operieren wollen. Zum Beispiel mußten die Kölner Kollegen die Offenbacher Kollegen an ihre Pflicht erinnern, während durch die sofortige Nachricht der Erfurter Sektion wir in der Lage waren, die betreffende Arbeit abzuweisen. Gleichen ergibt sich mit Notwendigkeit, daß dieser Punkt auf der Konferenz einer Beratung bedarf. Die Arbeitsvermittlung muß besser ausgebaut werden, so daß die Zentralkommission in der Lage ist, gemäßigten Kollegen Stellen nachzuweisen. Ein weiterer Hauptpunkt bildet die Lehrlingszählerei. Die Konferenz von der Agitation abhängig zu machen, wäre verfehlt; denn in den sechs Jahren von der letzten Konferenz ist Zeit genug gewesen, zu agitieren. Wenn nicht bessere Resultate erzielt wurden, so liegt es daran, daß das Material ungenügend war und darum neue Wege gesucht werden müssen. Nach dem neuesten Vorschlag des Metallarbeiterverbandes ist die Frage zu prüfen, ob wir Anschluß am Metallarbeiterverband zu suchen oder im Holzarbeiterverband zu verbleiben haben. Die Versammlung verlangt unbedingt, daß die Beschlüsse der letzten Konferenz eingehalten werden, wonach in fünf Jahren, also 1910, schon eine Konferenz hätte stattfinden müssen. Das Material von der letzten ist verbraucht und deshalb muß neues herangeschafft werden.

Leipzig. Mit dem gegenwärtigen Zustand und der Regelung des Arbeitsnachweises beschäftigten sich die hiesigen Verbandsmitglieder in 7 Bezirksversammlungen, welche von über 3600 Mitgliedern besucht waren. Beim letzten Vertragsabschluss wurde vereinbart, daß, wenn die Zentralvorstände sich in nächster Zeit über das Regulativ einigen, dasselbe auch sofort für Leipzig verbindlich sein sollte. Bis zu dieser Zeit sollten die Arbeitsnachweise der Parteien bestehen bleiben und die Vermittlung nach den Bestimmungen, wie solche im abgelaufenen Vertrag enthalten waren, gehandhabt werden. Diese Bestimmungen besagten, daß durch die Arbeitsvermittlung eine Benachteiligung der Arbeitslosen durch Vorenthaltung von Arbeitsgelegenheit nicht stattfinden dürfe, und daß die Vermittlung in der Reihenfolge, unter Berücksichtigung der besonderen Wünsche für Spezialarbeiter, zu erfolgen habe. Diese Bestimmungen wurden nun vom Arbeitsnachweis des Schuhverbandes seit langer Zeit nicht mehr beachtet. Es konnte festgestellt werden, daß verschiedene Firmen die Einstellung in der willkürlichsten Weise vornahmen und auch dabei vor Maßregelung in der Organisation tätiger Kollegen nicht zurückschreckten. Unsere Organisation hatte im Vorjahre ein Arbeitsnachweisregulativ geschaffen, um

für eine ordnungsgemäße Vermittlung zu wirken und die Unregelmäßigkeiten von Arbeitgeberseite durch die eingehaltene Kontrolle besser erfassen zu können. Ein besonders trasser Fall gab nun Veranlassung, die Dinge in der Schlichtungskommission zur Sprache zu bringen. Von Arbeitgeberseite wurde die Schlichtung des betreffenden arbeitslosen Kollegen bedauerlicherweise verweigert, um Abhilfe zu schaffen, unter der Voraussetzung, daß die Arbeitsnachweise in ihrer Vermittlung zur Sprache zu bringen und dafür einzutreten. Wie jedoch neuerdings festgestellt werden konnte, versuchen einige Unternehmer der Metallindustrie, ihren Einfluß geltend zu machen, um die notwendige Regelung zu verhindern. Unsere Kollegen sind gewillt, die gegenwärtigen Zustände in der Arbeitsvermittlung zu befechtigen. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit dem Arbeitgeberschutzverband in Verbindung zu treten, um eine gemeinschaftliche Regelung und die Anerkennung der in der letzten Vertragsperiode schon anerkannten Grundsätze für die Arbeitsvermittlung herbeizuführen. In allen Versammlungen wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher auf das entschiedenste gegen die Art der Vermittlung protestiert wird, wie sie sich zum Schaden der arbeitslosen Holzarbeiter auf dem Arbeitsnachweis des Arbeitgeberschutzverbandes entwickelt hat, und gegen die Geschäftsordnung, welche es zuläßt, daß außer der festgelegten Geschäftszeit für die Arbeitsausgabe auch an solche Personen Arbeitscheine verausgibt werden, welche vorher überhaupt nicht arbeitslos gemeldet waren, wodurch andere gemeldete, gleichwertige Arbeitskräfte übergangen und wirtschaftlich geschädigt werden. Es wird zum Ausdruck gebracht, daß nur in der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises mit Obligatorium die notwendige und im allgemeinen Interesse des Holzgewerbes liegende Regelung erblickt werden kann. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, wegen einer baldigen Regelung der Arbeitsvermittlung mit dem Arbeitgeberschutzverband in Verbindung zu treten. Bis dahin verpflichten sich die Kollegen für die strikte Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitsnachweisregulativs des Verbandes einzutreten. Die Kollegen im Reich werden ersucht, in Zukunft die schriftlichen Anfragen, wie solche bei den Firmen Gupfeld, Feurich u. a. vielfach eingingen, zu unterlassen und ebenso wie auch die verlassenden Kollegen sich in erster Linie an den Arbeitsnachweis des Verbandes, Berliner Straße 20, zu wenden.

Markirebich. Der Schreinermeister Karl Köstler liebt es, seine Werkstatt mit Tischlern vollzustopfen, um darin Mühsale halten zu können. Selbstverständlich fliegen immer die organisierten Kollegen auf's Pfaster, was auch wieder am 5. November der Fall war. Es wurde daher über den Betrieb die Sperre verhängt. Alle nach hier kommenden Kollegen werden ersucht, sich bei der Lokalverwaltung zu erkundigen, da überhaupt die hiesigen Verhältnisse vieles zu wünschen übrig lassen.

Unsere Lohnbewegung.

Ein Vorstoß im oberen Vogtland.

Das obere Vogtland mit seiner umfangreichen Holzindustrie war bisher für unsere Organisation recht schwer zugänglich, obwohl wir keine Mühe und Arbeit scheuten, um der Arbeiterschaft die Notwendigkeit der Organisation vor Augen zu halten. Immer und immer wieder mußten wir die Wahrnehmung machen, daß hoffnungsvolle Anfänge zu einer Organisation wieder zusammenbrachen. Die Ursachen hierzu sind in erster Linie in der Gleichgültigkeit der dortigen Arbeiterschaft zu suchen, auch fehlt es fast ausnahmslos an der Mitarbeit und Ausdauer der organisierten Kollegen. Man ist der Meinung, daß Organisationen sich über Nacht aus dem Erdboden stampfen lassen. Andererseits haben aber auch unsere Gegner es nicht fehlen lassen, alle erdenkliche Schikane anzuwenden, um die aufkeimende Organisation zu vernichten. Lügen, Verleumdungen und Maßregelungen aller Art wurden angewandt, um die Arbeiterschaft einzuschüchtern und sie zu hindern, sich unserem Verbands anzuschließen. Diese Erscheinung zeigte sich in allen Zahlstellen des oberen Vogtlandes, so zum Beispiel in Klingenthal, Markneufkirchen und Adorf. Die Zahlstelle Adorf ist nicht weniger als dreimal gegründet worden.

In letzter Zeit haben nun in Adorf die Berlmutterarbeiter es trefflich verstanden, trotz aller Schwierigkeiten sich eine gute Organisation zu schaffen. Rund 150 Arbeiter sind in der Perlmutterbranche beschäftigt, welche fast ausnahmslos dem Verbands als Mitglieder angehören. Aber auch diesmal waren unsere Gegner wiederum an der Arbeit, die aufstrebende Organisation im Keime zu ersticken. Die Firma Weisker verlangte noch im vergangenen Frühjahr, bei Strafe sofortiger Entlassung, die unterschriebene Erklärung von ihren Arbeitern, daß sie aus dem Verbands austreten. Die Kollegen wiesen dieses freche Ansuchen entrüstet zurück und es kam zu einem sechswoöchigen Streik, der mit einem vollen Erfolg für die Kollegen endete. Der Arbeitgeber mußte nicht nur unterschreiben unsere Organisation anzuerkennen, sondern auch noch eine Lohnzulage von 1,50 Mt. pro Woche bewilligen.

Aber auch nach Beendigung des Streiks hörten unsere Gegner nicht auf, den Verband mit allen Mitteln zu bekämpfen. Unsere Kollegen haben inbessen ebenfalls eine unermüdbare Agitation entfaltet, und es ging vorwärts, obwohl wir uns fast jedes einzelne Mitglied erkämpfen mußten.

Diese Arbeitsfreudigkeit hat denn auch dazu geführt, eine allgemeine Lohnbewegung für die Berlmutterarbeiter einzuleiten. Diese kann nurmehr in der Hauptsache als erledigt gelten. Der Erfolg dieser Bewegung ist der Abschluß eines dreijährigen Vertrages, wonach die wöchentliche Arbeitszeit von 62 bzw. 64 Stunden auf 59 Stunden verkürzt wird, die Stundenlöhne erhöhen sich um 6 Pf. bzw. um 8 Pf. und die Akkordpreise um 13 1/2 Prozent innerhalb der Vertragsdauer. Überstunden werden mit einem Zuschlag von 8 Pf. bezahlt und bei Anfertigung neuer Muster wird der Akkorddurchschnittslohn gewährt. Wohl bietet der Vertrag noch nicht all das, was nötig wäre, aber er bedeutet für Adorf einen erfreulichen und für das gesamte obere Vogtland einen recht nachahmenswerten Fortschritt.

Wenn wir an dieser Stelle diese Bewegung und den Werdegang der Organisation in Nordorf etwas näher schildern, so bedauern wir, daß die nach Hunderten zählenden Musikinstrumentenmacher in Nordorf, die in der Musikinstrumentenindustrie in Nordorf tätig sind, endlich einsehen, was eine Organisation zu leisten imstande ist. Was die Verknüpfung der Nordorfer durch eifrige Organisationsarbeit erreicht, ist auch bei den Musikinstrumentenmachern, gleichviel welcher Branche, möglich, sofern dazu der feste Wille vorhanden ist.

Nur durch mannhaftes Eintreten für eine Organisation könnt ihr Euch dasjenige Maß von Achtung erwerben, das Euch als Arbeiter gebührt. Hoffen wir, daß das recht bald geschieht. Den Kollegen in Nordorf rufen wir aber zu: Haltet fest, was ihr errungen und an dem, was ihr hart erkämpfen müßt, sowie an Eurem Verband!

In Meerane führte eine Lohnbewegung der Vergolder und Tischler der Firma Nurd, u. Goetsche zum Abschluß eines fünftägigen Vertrages. Erreicht wurde in der Hauptsache eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 54 1/2 auf 52 Stunden, eine Erhöhung der Stundenlöhne der Tischler und Verleger um 8 Pf., der Hilfsarbeiter um 6 Pf. und die Arbeiterinnen erhalten einen Zuschlag von 3 1/2 Pf. pro Stunde innerhalb der Vertragsdauer. Auf die Akkordpreise erfolgt ein Zuschlag von 8 Proz. Die Mindestlöhne betragen für die Vergolder 56 Pf., für Verleger und Mahmentischler 50 Pf., für Hilfsarbeiter 30 Pf. und für Arbeiterinnen 18 Pf. pro Stunde. Bei Anfertigung neuer Muster wird der Akkorddurchschnittsbedienstet gezahlt.

In Weihenburg i. Bayern bedurfte es jahrelanger Anregungen, um die Kammer zu organisieren. Diesen Sommer ist es uns endlich gelungen. Der Erfolg der Kammer in Nürnberg hat viel mit dazu beigetragen. Der Verdienst reichte auch für die Weihenburger Verhältnisse nicht aus. Lohnaufbesserungen von Seiten des Unternehmers waren auch recht spärlich, so daß sie mit Hilfe des Verbandes darum nachsuchen mußten. Nachdem alle Beschäftigten bis auf 2 ganz alte Arbeiter organisiert waren, mußte der Unternehmer wohl oder übel darauf eingehen. Die Kollegen haben in Anbetracht ihrer niedrigen Löhne einen ziemlichen Fortschritt gemacht. Die Kammer erhalten bei 58 1/2stündiger Arbeitszeit 40 Pf. Stundenlohn, die Hilfsarbeiter 35 Pf., die Frauen 20 Pf. Die Steigerung beträgt bei den männlichen Arbeitern 7 Pf., bei den weiblichen 5 Pf. die Stunde. Wenn man bedenkt, daß diese Lohnerhöhung sofort erfolgt, so werden die Kollegen wohl den Nutzen des Verbandes einsehen und darüber nachdenken, daß sie seit Jahren schon höhere Löhne hätten haben können. Heute noch gibt es unter den Arbeitern viele solche Zweifler; sie scheuen den Beitrag, arbeiten lieber um soundsoviel Mark billiger die Woche, schädigen dadurch sich selbst und die Gesamtheit der Kollegen. Alle Holzarbeiter, die heute dem Verband noch nicht angehören, mögen durch diese Tatsache immer mehr und mehr zu der Erkenntnis kommen, daß nur durch festes Zusammenhalten etwas erreicht werden kann, und daß sich dann die Beiträge, die für den Verband geleistet werden, jederzeit gut vergüten. Den Schreibern in Weihenburg rufen wir aber zu: Seid einig, damit auch ihr bald einen Schritt vorwärts kommt!

Ausland.

In Paris dauert der Kampf der Möbelarbeiter unverändert fort. Vom Vorstand des Möbelarbeiterverbandes wird lebhaftest Klage geführt, daß ungeachtet aller Warnungen der Zugzug ausländischer Kollegen immer noch sehr stark ist. Die Vorhaltungen, die den Zureisenden gemacht werden, beantworteten diese meist mit der Ausrede, daß sie von der Bewegung keine Kenntnis hatten, aber nur ein Teil von ihnen läßt sich wieder zur Abreise bewegen. Nicht wenige treten in Arbeit für einen Lohn, der unter 2 bis 3 Franken pro Tag hinter dem ortsüblichen zurückbleibt. Der Landesrat hat nicht mächtig, nehmen sie bei „Landleuten“ Arbeit. Das sind vorwiegend deutsch-, russisch- oder jüdischsprachende Unternehmer, welche ihre Arbeiter auf grauenhafte Art ausbeuten. Es ist begreiflich, daß bei dem Stand der Dinge die Zureisenden von den im Kampfe befindlichen Kollegen nicht gerade freundlich empfangen werden. Wer sich also selbst vor Unannehmlichkeiten bewahren und die kämpfenden Kollegen nicht schädigen will, muß Paris unter allen Umständen meiden.

Aus der Holzindustrie.

Das Ende des Hamburger Kampfes und die „Fachzeitung“.

Unser Jubel über den in Hamburg errungenen Sieg hat die „Fachzeitung“ unangenehm berührt. In einem längeren Artikel in ihrer Nr. 47 „beweist“ sie erstens, daß der Holzarbeiterverband in dem Kampf gar keinen Sieg errungen, und zweitens, daß er den errungenen Sieg viel zu teuer erkauft hat.

Wegen der Lohnerhöhung und der Stunde Arbeitszeitverkürzung, meint die „Fachzeitung“, hätten die Hamburger Arbeitgeber gewiß nicht zur Ausperrung gegriffen, wenn nur die Arbeiter den „unglücklichen Arbeitsnachweis“ aus dem Spiel gelassen hätten. Angesichts unserer laufenden Artikelserie, in welcher eine altentworfene Darstellung der Vorgeschichte des Kampfes gegeben ist, können wir uns ein Eingehen auf diesen Teil des „Fachzeitung“ Artikels sparen. Wenn aber die „Fachzeitung“ davon spricht, daß die Aufnahme der Arbeit bedingungslos erfolgt ist, und gleich danach wiederholt, daß die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit einen Sieg der Arbeitgeber darstellt, dann stellt sie Behauptungen wider besseres Wissen auf. Wir haben in Nr. 45 der „Holzarbeiter-Zeitung“ das Protokoll über die Verhandlungen der Zentralen Schiedskommission, die zur Beilegung des Kampfes führten, abgedruckt, welches die Behauptung von der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit auf das bündigste Lügen straft. Die Arbeit ist erst aufgenommen worden, nachdem die

Hamburger Arbeitgeber die Forderungen der Arbeiter bewilligt hatten.

Die „Fachzeitung“ wirft uns aber „kleine Fälschungen“ bezuglich der öffentlichen Meinung vor. Und wozu befehlen diese Fälschungen? Wir hätten verschwiegen, daß die Hamburger Tischler neun Monate später in den Genuss der ersten Zulage von 2 Pf. kommen, als sie seitens der Arbeitgeber vor dem Kampfe zugestanden war. Wenn sich der Verfasser des „Fachzeitung“-Artikels die Mühe nehmen wollte, in der Nr. 46 der „Holzarbeiter-Zeitung“ auf der zweiten Seite die zweite Spalte nachzulesen, dann wird er dort die von den Unternehmern vor dem Kampfe gemachten Zugeständnisse abgedruckt finden. Der andere Vorwurf, daß wir den Wiederanschluß der Hamburger Unternehmer an den Arbeiterschutzbund für das deutsche Holzgewerbe verschwiegen hätten, ist wohl kaum ernst gemeint. Der Artikel mit der Überschrift: „Mahardt, der „Triebsstoff“ in Nr. 42 der „Holzarbeiter-Zeitung“, in welchem diese Tatsache ausführlich behandelt ist, hat doch in den Kreisen des Arbeiterschutzbundes solches Aufsehen erregt, daß er auch dem Verfasser des vorliegenden Artikels in der „Fachzeitung“ nicht unbekannt geblieben sein kann. Ob aber die Hamburger Arbeitgeber durch ihren Anschluß an den Schutzbund wirklich „zukünftigen Eventualitäten gegenüber ganz anders gewappnet sind als bisher“, können wir dahingestellt sein lassen. Bekanntlich haben sie selbst vor drei Jahren noch eine ganz andere Ansicht in dieser Frage gehabt.

Also der Vorwurf der Fälschung, den die „Fachzeitung“ mit der Ungeniertheit, die sie auszeichnet, gegen uns erhebt, fällt glatt zu Boden. Aber sie hat für ihre Unterstellung noch einen Beweis: wir hätten in unserem Herzogs Wosheit verschwiegen, daß der Mindestlohn nur für insgesamt 150 Hamburger Holzarbeiter in Frage kommt. Das mag eine Unterlassungssünde unsererseits sein, aber wir sind gern bereit, sie gut zu machen. Wir konstatieren also, daß unsere Organisation in Hamburg stark genug ist, um die Löhne so zu steigern, daß nach den Feststellungen der „Fachzeitung“ nur noch 150 Holzarbeiter für den Mindestlohn arbeiten.

Das Hauptstück in dem „Fachzeitung“-Artikel ist aber der Nachweis, daß unser Sieg zu teuer erkauft sei. Unter Zugrundelegung von 2600 Streikenden und Ausgesperrten wird ausgerechnet, daß die erzielte Lohnerhöhung insgesamt 670 000 Mk. beträgt, der aber 1 1/2 Millionen Mark Streikunterstützung und 3 Millionen Mark Lohnverluste, somit eine Gesamtausgabe von 4 1/2 Millionen Mark gegenübersteht. Wir wollen einmal unterstellen, daß diese Rechnung richtig sei, dann ist aber damit doch nur bewiesen, wie wertvoll uns die Errungenschaften des langen Kampfes sind. Aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer haben das Kampfobjekt ungeheuer hoch bewertet, und dem Organ des Arbeiterschutzbundes läge es doch viel näher, statt der Lohnverluste der Arbeiter den Schaden der Unternehmer zu berechnen. Dieser beträgt doch sicher ein Mehrfaches der Verluste der Arbeiter. Und zu dem augenblicklichen Verlust kommen noch die sich auf längere Zeit hinaus fühlbar machenden Nachteile, die durch das Fortbleiben der Rundschaft entstehen. Hierin können besonders die Berliner Schutzbündler manch Liebessingen. Der „Erfolg“ ihrer Aussperrung von 1907 hat ihnen noch sehr lange in den Knochen gelegen und er ist auch heute noch nicht völlig überwunden.

Und zu den Millionenverlusten, welche die Hamburger Arbeitgeber erlitten, müssen sie noch die Kriegskosten im Gestalt der Lohnerhöhungen zahlen, die nach den Berechnungen der „Fachzeitung“ in der Vertragszeit 670 000 Mk. in Wirklichkeit aber wohl noch ein Beträchtliches mehr betragen. Sie werden sich allerdings für diese Ausgaben schadlos zu halten suchen, aber das kann hier außer Betracht bleiben. Und zu den Verzinsungen, die sie leisten müssen, kommt die Anerkennung des obligatorischen, paritätischen Arbeitsnachweises, gegen welche sich die Hamburger Unternehmer mit so großer Entschiedenheit gestraut haben. Trotz der Millionen, die sie hierfür geopfert haben, mußten sie schließlich doch in den sauren Apfel beißen. Jetzt aber soll sich der erkämpfte Arbeitsnachweis kaum von der Arbeitsvermittlung durch die Patriotische Gesellschaft unterscheiden, welche die Arbeitgeber zu akzeptieren bereit waren.

Ja, du liebe, unschuldsvolle „Fachzeitung“, mit dieser Darstellung kommst Du um einen Posttag zu spät. Inzwischen hat der Reichsverbandshauptling Dr. Naumann geplaudert, der seinerzeit bei den Verhandlungen über den Arbeitsnachweis der Patriotischen Gesellschaft den „ehelichen Makler“ gemimt hat. Ihm kam es dabei nach seinem eigenen Zugeständnis darauf an, den Deutschen Holzarbeiterverband an die Wand zu drücken, um die Interessen der lieben Selben zu wahren. Daß unsere Kollegen das Spiel durchschauten und nicht auf die gelegten Reimruten gingen, hat die Schutzbündler sehr geschmerzt. Wenn der Unterschied zwischen beiden Arbeitsnachweisen so unbedeutend ist, warum haben denn die Unternehmer den bestehenden Arbeitsnachweis aufgehoben, warum haben sie die 33 Wochen lang einen opferreichen Kampf gegen seine Wiedereröffnung geführt, die sie schließlich doch zugestehen mußten?

Wir wollen der „Fachzeitung“, die sich so harmlos stellt, auf die Sprünge helfen. Von Seiten der Arbeitgeber in Hamburg ist der Kampf als ein Machtkampf geführt worden; sie wollten zeigen, daß sie die Alleinherrscher im Gewerbe sind, daß sie es fertig bringen, was der Arbeiterschutzbund für das deutsche Holzgewerbe nicht leisten kann, nämlich, den Deutschen Holzarbeiterverband in die Knie zu zwingen. In dem von ihnen

heraufbeschworenen Machtkampf haben die Hamburger Arbeitgeber eine doppelte Niederlage erlitten. Sie mußten sich demütigen und Hilfe bei der Mahardtischen Organisation suchen, die sie einst schände im Stich gelassen, und dieser Kanossengang nach Berlin hat es nicht verhindert, daß sie die Forderungen der Arbeiter anerkennen mußten.

Die Arbeitgeber in vielen Städten Deutschlands haben sehnsüchtig auf die Niederlage gewartet, die dem Deutschen Holzarbeiterverband in Hamburg zugebacht war. Mit der durch eine solche Niederlage gedemütigten Organisation der Holzarbeiter wäre man dann ganz anders umgesprungen. Wie hat man sich darauf gefreut, dem unterlegenen Holzarbeiterverband den Fuß auf den Nacken zu stellen. Aber aus der Freude ist nichts geworden. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat in Hamburg gesiegt. Die Bedeutung dieses Sieges liegt nicht allein bei dem unmittelbar erzielten Erfolg, der für die Hamburger Kollegen erkämpften Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung und dem eroberten Arbeitsnachweis, sondern mehr noch in den Folgen, die sich später bei den Vertragsverhandlungen und Tarifabschlüssen für andere Städte zeigen werden. Der Mut und das Selbstvertrauen der Kollegen in ganz Deutschland hat eine Steigerung erfahren. Wir fühlen uns als Mitglieder einer Organisation, die imstande ist, mächtigen Feinden Trotz zu bieten. Und wenn die „Fachzeitung“ die Frage aufwirft: „Ist wirklich das Objekt der Opfer wert gewesen?“, dann antworten wir mit gutem Gewissen: Und reuen die Kosten nicht! Wir freuen uns unseres Sieges!

Aus dem ganzen Artikel der „Fachzeitung“ klingt es wie Hohn über den Holzarbeiterverband, der so bescheiden ist, daß er schon ob des „kleinen“ Erfolges in Hamburg jubelt. Wiederholt wird sogar von dem „nichtbefriedigenden Erfolg“ des Holzarbeiterverbandes gesprochen. Wir wollen es uns für künftige Fälle zur Moltz nehmen, daß das Organ des Arbeiterschutzbundes eine von den Unternehmern zugestandene Lohnerhöhung von 7 Pf. pro Stunde als völlig bedeutungslos hinstellt. Unsere Kollegen werden sich fürderhin bemühen, Verbesserungen durchzusetzen, die auch in den Augen der „Fachzeitung“ als bedeutungsvolle Errungenschaften erscheinen.

Friedrich Mehlhoff ist am 9. November in Hamburg gestorben. Mit ihm ist wieder einer von der alten Garde dahingegangen, die schon an der Wiege unserer Gewerkschaftsbewegung standen. Schon vor dem Sozialistengesetz war Mehlhoff in der Organisation der Drechsler in Hamburg eifrig tätig. Der damalige Fachverein löste sich im Jahre 1878 auf, um der Auflösung durch das Sozialistengesetz zuvorzukommen. Im Jahre 1885 wählten die Hamburger Drechsler eine sogenannte „Zentralisationskommission“, die den Auftrag hatte, die Vorbereitungen für die Gründung einer Zentralorganisation der Drechsler zu treffen. Dieser Kommission gehörte auch Mehlhoff an, und als es dann nach vielen Mühen gelang, am 1. April 1887 die erste Nummer des neuen Verbandsorgans, die „Fachzeitung der Drechsler und Gewerkschaften“, herauszugeben, da zeichnete Mehlhoff, der zugleich Hauptkassierer der Zentralorganisation der Drechsler war, als verantwortlicher Redakteur. Noch war aber der Zentralverband nicht ins Leben getreten; dessen definitive Gründung erfolgte erst auf dem Kongreß, der vom 28. bis 30. August 1887 in Naumburg unter der Leitung von Mehlhoff tagte. Als Vorsitzender der „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“ wurde damals Legien gewählt, daneben jungierte unter anderem auch Mehlhoff als Vorstandsmittglied. Die Redaktion des Verbandsorgans behielt er bis Ende des Jahres 1889, wo er in dieser Stellung von Veipart abgelöst wurde. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes widmete sich Mehlhoff mehr der Parteitätigkeit, und die Hamburger Parteigenossen ehrten ihn im Laufe der Jahre durch Uebertragung verschiedener Parteiamter. Unserem Verbandsrat hat Mehlhoff bis zu seinem Tode angehört, und die Kollegen werden ihm als einem der Mitbegründer der Drechslerorganisation ein gutes Andenken bewahren.

Der christliche Streikbruch in Herford. In Nr. 48 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben wir das merkwürdige Treiben des christlichen Holzarbeiterverbandes bei dem Streik in der Möbelfabrik von Stüder in Herford geschildert. Herr Stüder hat bei Einführung einer neuen Maschine den Arbeitern unverhältnismäßig hohe Abzüge gemacht. Er hat den geltenden Vertrag gebrochen durch vertragswidrige Lohnzahlung. Ausdrücklich hat es Herr Stüder abgelehnt, sich den Beschlüssen der örtlichen Schlichtungskommission zu fügen. Und dieses arbeiterschädigende, vertragsbrüchige Verhalten des Unternehmers wird vom christlichen Holzarbeiterverband in aller Form unterstützt!

Wir hatten der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Lieferung von Schreibereisen durch den christlichen Holzarbeiterverband eine Privatleistung des örtlichen Führers des christlichen Verbandes sei, welcher die Zentralleitung des christlichen Verbandes sofort Einhalt tun würde, wenn sie davon Kenntnis erhält. Die Hoffnung hat sich aber nicht erfüllt. Herr Stüder hat offenbar mit dem Christen Staab abgeklärt, daß der Konflikt auch auf den Arbeitsnachweis hinübergespielt werden soll, um den Christen die Lieferung von Schreibereisen zu erleichtern. Er hat deshalb als Ersatz für die wegen ihres Bestehens auf tarifliche Entlohnung gemäßigten Kollegen Christliche unter Umgehung des Arbeitsnachweises eingestellt. Beim Streik kommt aber der Arbeitsnachweis nicht in Betracht, bei ihm handelt es sich ausschließlich um die Einhaltung der tariflichen Arbeitsbedingungen durch den Fabrikanten Stüder. Das weiß der Christ Staab, der bei den langwierigen Verhandlungen, die deswegen geführt wurden, zugegen war, das weiß aber auch der Zentralvorstand des christlichen Holzarbeiterverbandes, dem überdies von unserm Verbandsvorstand der Sachverhalt

mitteilt wurde. Der Vorstand des christlichen Holzarbeiterverbandes erklärt aber:

„Das der schlagartige Arbeitsnachweis der Holzarbeiter für andere Kollegen ist. Und da der Nachweis ohne weiteren Verband eingerichtet wurde — was auch die Interaktionen der Geschäftsordnung beweisen —, so hatten sich unsere Kollegen daran nicht gebunden.“

Tamit hat der Vorstand des christlichen Holzarbeiterverbandes den Streik der Mitglieder und die Streikbrecherlieferung durch seine Verbandsorgane ausdrücklich gebilligt. Ob er bei diesem Beschluß gut beraten war, wird die Zukunft lehren.

Ueber die Organisation der Holzarbeiter in Finnland veröffentlicht die Zeitschrift „Bulletin der Internationalen Union der Holzarbeiter“ den nachfolgenden Bericht:

„Am Anfang des Jahres 1910 hatten wir die Hoffnung, die gewerkschaftliche Bewegung wieder etwas beleben zu können. Das Baugewerbe, das seit einigen Jahren eine schwere Krise durchgemacht hatte, zeigte in mehreren Städten neue Lebenszeichen. Ebenso war die Nachfrage nach Holzarbeitern in Industrie und Handwerk reger geworden. Obgleich diese Besserung der Konjunktur einen neuen Aufschwung zum Verbandsaufbau ermöglicht hätte, war sie dennoch nicht effektiv genug, um eine Zunahme in der Mitgliederzahl herbeizuführen. Die Organisation auf politischem Gebiete wirkte auch lähmend auf die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zurück. Ueber die besondere Tätigkeit des Holzarbeiterverbandes haben wir in Kürze folgendes zu berichten:

Dem Verbands sind acht neue Filialen beigetreten. Davon sind jedoch vier wieder eingegangen. Dagegen haben zwei früher eingeschlossene Filialen ihre Tätigkeit mit frischen Kräften wieder aufgenommen. Am Jahresabschluss waren also 76 Filialen in Tätigkeit. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg um 88 Mitglieder. In Helsinki betrug die Zunahme 144, in anderen Orten trat aber ein Rückgang ein, so daß der effektive Zuwachs nur 66 betrug. Die Mitgliederzahl am Jahresabschluss verteilte sich folgendermaßen: Männer 2008, Lehrlinge 107, Greise 40, Frauen 10, zusammen 2171.

In 4 Filialen des Verbandes haben Arbeitseinstellungen stattgefunden, an denen 10 Betriebe und 181 Arbeiter beteiligt waren. Sie dauerten 90 Tage, und die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug insgesamt 3004. An Unterstützungen für die beteiligten Mitglieder zahlte die Verbandskasse 1475 Mk. Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrug 32. Der höchste Unterstützungsbetrag pro Empfänger war 78 Mk., der niedrigste 8 Mk., im Durchschnitt 48,00 Mk.

Durch erfolgreiche Verhandlungen wurden Kollektivverträge abgeschlossen in 8 Filialen für circa 700 Arbeiter.

Das Verbandsorgan „Katu“ erschien viermal im Jahre in einer Auflage von 2000 Exemplaren. Der dritte Verbandskongress wurde vom 8. bis 11. August 1910 in Helsinki abgehalten. Er beschäftigte sich mit den Ergebnissen der bisherigen Verbandsaktivität und versuchte, die dabei zutage getretenen Mängel in der Verbandsorganisation usw. zu beseitigen unter Berücksichtigung der steigenden Preise der Mitglieder. Die Pflichten der Mitglieder wurden insbesondere durch Erhöhung des Verbandsbeitrages gesteigert, aber auch die Mitgliederrechte konnten ausgebaut werden, so daß die Holzarbeiter ihre Kampfsolidarität gegen das Kapital mehr als früher befestigt haben. Dieses Verhältnis haben wir besonders unseren Mitgliedern vor Augen halten wollen bei der Erhaltung des ersten Jahresberichts nach dem Verbandstage.“

Gewerkschaftliches.

Die Ausperrung in der Tabakindustrie dauert nunmehr schon sieben Wochen, ohne daß eine Entscheidung bald zu erwarten ist. Allerdings beginnt es schon in den Unternehmungskreisen zu kriseln. Einzelne Fabrikanten wollten bereits mit Zustimmung ihrer Organisation die Ausperrung für ihre Betriebe wieder aufheben. Der Tabakarbeiterverband hat es aber bisher abgelehnt, jenen Firmen durch Zurückweisung der Arbeitskräfte aus dem Druck zu helfen, er verlangt vielmehr, daß der ganze Kampf zu einem befriedigenden Ende geführt wird. Um dieses schneller herbeizuführen, ist der Verband jetzt zu einem für die Fabrikanten voraussichtlich recht empfindlichen Angriff übergegangen, indem er die Hilfe der Konsumenten anruft. Um den Warenumsatz der Ausperrungsfirmen in geeigneter Weise zu unterbinden, ist an Konsumvereine, Zigarrenhändler, Großisten und Wirt ein informierendes Flugblatt verbreitet worden. Gleichzeitig gibt der Tabakarbeiterverband ein Bezugsquellenverzeichnis für streikfreie Firmen heraus. Die Arbeiterschaft stellt den größten Teil der Tabakverbraucher, sie kann daher jenen Miesenkampf wirksam unterstützen, wenn sie die Produkte der Ausperrungsfirmen entschieden zurückweist. Das ist die verwundbarste Stelle der Fabrikanten. Eine Sicherheit gegen den unbemerkten Einkauf solcher Waren bietet der Bezug durch die Konsumvereine, die selbstredend die Interessen der Kampfbeteiligten nach Möglichkeit fördern werden. Wenn daneben die Sammlungen für die Ausgesperrten reger fortgesetzt werden, dürfte auch dieser Kampf bald zu einem Siege der Arbeiter führen.

In dem Kampf in der Tabakindustrie sind übrigens eine größere Anzahl von Mitgliedern unseres Holzarbeiterverbandes beteiligt. In einer Reihe von Orten sind die in unserem Verband organisierten Arbeiter mit ausgehert worden. So in Bünde circa 130 Kollegen, ferner sehen eine größere oder kleinere Zahl von Mitgliedern unseres Verbandes im Kampf in Bremen, Lage, Detmold, Verford, Lemgo usw. Die Kollegen haben bereits bemerkt, ob nicht die Arbeit für die beteiligten Zigarrenfabriken überhaupt einzustellen ist. Dadurch würde der Kampf natürlich eine größere Ausdehnung erlangen. Wir haben also alle Ursache, die Entwidlung der Dinge in der Tabakindustrie aufmerksam zu verfolgen. Daß der Bezug von den beteiligten Orten ferngehalten werden muß, ist selbstverständlich.

Der Kampf im Steindruckgewerbe hat eine wesentliche Veränderung erfahren. Die Unternehmer machen die

Wiederaufnahme von Verhandlungen davon abhängig, daß die Arbeiter sich vorher mit der schließlichen Arbeitswoche einverstanden erklären, während die Arbeiter selbstverständlich über die Arbeitszeit wie über jeden andern Punkt ihrer Forderungen verhandeln wollen. Die Unternehmer gehen sich fortgesetzt große Mühe, Streitigkeiten heranzuziehen, aber mit geringem Erfolge. Zurzeit stehen etwa 4500 Lithographen und 1800 Holzarbeiter im Kampf. Eine Anzahl Unternehmer hat sich bereits mit den Geblissen geeinigt.

Die Metallindustriellen haben wieder einmal eine große Ausperrung angekündigt. Um eine Preissenkung auf die seit dem 6. Oktober im Streik befindlichen Formen und Werkzeugarbeiter auszuüben, wollen die Berliner Metallindustriellen zum 30. November 60 Proz. ihrer Arbeiter aussperrn. Sollte diese Drohung wahr gemacht werden, dann würden 60 000 bis 70 000 Arbeiter und Arbeiterinnen aufs Straßengeheiß werden. Einstweilen sprechen mancherlei Gründe dafür, daß die Unternehmer mit ihrer Ausperrungsandrohung nur einen Pluff ausüben wollen. Aber dieses Mittel verfährt nicht. Die Arbeiter haben den hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen und beginnen, sich auf den Kampf einzurichten. In vorigen Versammlungen wurde beschloffen, vom 20. November ab in allen zum Verband der Metallindustriellen gehörigen Betrieben Arbeitseinstellungen zu verweigern. Zur Durchführung der Bewegung haben die Berliner Verwaltungen der Organisationen, die in den Betrieben der Metallindustriellen Mitglieder haben, ein Kartell geschlossen, welchem außer dem Metallarbeiterverband die Verbände der Holzarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Schmiede, Maler und Lackierer, Maschinen- und Feilzer, Kupferschmiede und Handlungsgehilfen angehören. Die Arbeiter sind also geeinigt, und wenn die angeordnete Ausperrung perfekt wird, dann wird es zu einem hartnäckigen Kampfe kommen, dessen Folgen sich noch nicht absehen lassen.

Ein Streik der Heimarbeiterinnen. Seit dem 24. November stehen die Arbeiterinnen der Berliner Damentonkonnexion im Streik. Verlangt wird die Einführung von festen Lohnsätzen, wie sie in anderen Branchen der Schneiderei schon seit längerer Zeit existieren. Der Verband der Damen- und Mädchenmantelfabrikanten, die Unternehmerorganisation, will aber keine Beschränkung seiner Ausbeutungsfreiheit. Er erklärte sich zwar bereit, die Löhne in der Heimarbeit aufzubessern, aber die Arbeiterinnen haben aus den Erfahrungen nach dem Kampf vom Jahre 1896 zur Genüge erfahren, was von solchen Fabrikantenversprechungen zu halten ist. Nach den Angaben der Handelstaxen sind in der Berliner Damentonkonnexion 52 000 Personen beschäftigt, doch ist die Zahl der Streikenden erheblich kleiner, da gegenwärtig keine Zeit in der Damentonkonnexion ist, in der viele Arbeiterinnen beschäftigungslos sind. Bei dem Kampf kommt es hauptsächlich darauf an, die Anfertigung von Mustern zu verhindern, und der Streik ist nur für die ganze Branche erklärt worden, um Ferkümmern und Umgehungen zu vermeiden. Bemerkenswert ist, daß der Kampf von den Arbeiterinnen gemeinsam mit den Zwischenschneidern, die im Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe organisiert sind, gegen die Fabrikanten geführt wird.

Eingefandt.

Eine Konferenz der Schiffszimmerer.

Infolge der Auflösung des Werftarbeiterverbandes wurden die Mitglieder desselben, soweit sie im Schiffbau beschäftigt sind, dem Holzarbeiterverband zugeführt. An den einzelnen Orten hat diese Veränderung des Organisationsverhältnisses recht günstige Resultate gezeigt. Die Kollegen haben zunächst, unterstützt durch die Lokalverwaltungen, für die Ausbreitung der Organisation innerhalb der Berufscollegen Sorge getragen, und der Erfolg dieser Werbearbeit machte sich in der Zunahme von Mitgliedern bemerkbar.

So konnten denn auch in den einzelnen Orten für die beteiligten Kollegen anscheinliche Vorteile herausgeholt werden. Bedauerlich ist es aber, daß nur vereinzelt diese Fortschritte konstatiert werden, dies liegt leider in der noch vorhandenen Zersplitterung des Organisationsverhältnisses. Es fehlt bei uns die Verbindungsmöglichkeit. Die Agitationsaktivität wird durch dieses Verhältnis erschwert, besonders wird dies in den Orten am bittersten empfunden, in denen die Organisation Ausbreitung gefunden hat. Nach diesen Orten kommen die jungen Kollegen aus dem Obel- und Obergebiet, ohne daß sie von der Bedeutung der Organisation unterrichtet sind. Wo der Schiffszimmererverband maßgebend ist, scheint es sehr an Aufklärung zu mangeln. Es beweist uns, daß keine Branchenorganisationen nicht so intensiv die Werbearbeit betreiben können, wie dies von Seiten einer großen, leistungsfähigen Zentralorganisation geschehen kann. Wir haben daher alle Ursache, daß sich die Kollegen in den Branchenversammlungen mit dem heutigen Verhältnis befassen und Anregungen geben; der Meinungsaustausch auf einer Konferenz dürfte gewiß den Kollegen zum Vorteil gereichen. Der Vorstand wird zweifellos auch uns bei Prüfung der in Betracht kommenden Momente breitetes Entgegenkommen zeigen.

Schönebeck a. O.

E. Sonntag.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (E. S. in Hamburg).

Die von der Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler in Neustadt a. S. erwünschte Einrichtung einer Notstandskasse in Sterbefällen hat bereits, nachdem kaum der Entwurf dazu herausgekommen ist, Anlaß zur öffentlichen Kritik gegeben. Offenbach II jetzt gleich mit der Kritik über zu niedrige Prozente für die Ortsbeamten ein, gerade als wenn die Notstandskasse der Prozente wegen ins Leben gerufen werden sollte, eine Sache, die man doch wirklich am allerleichten ins Vergeß der Erwägung zieht, um nicht allzu sehr den Prozentfänger herauszulehren. Offenbach II billigt weiter gemeinschaftliche Sache mit der Frauensterbekasse. Das, was absolut vermieden werden soll, nämlich die Unterstellung dieser neuen Einrichtung unter das Privataufsichts-

gesetz, würde durch die gemeinsame Sache mit der Sterbekasse für Frauen gerade herbeigeführt.

Müller a. Rhein verfaßt in bezug auf die Penningung der Frauensterbekasse in denselben Schluß. Gerade die Penningung einer anderen Klasse zum Unterschlupf auch der Mitglieder der Krankenkasse, würde ganz andere Beitragsätze bedingen, da das Aufsichtsamts sich speziell mit den Beiträgen gegenüber den Leistungen nach dem Beitragsalter richtet. Man wolle hierbei bedenken, daß der Gedanke, die Frauensterbekasse — auch wenn sie eine gemischte Kasse würde — unter der Aufsicht des Aufsichtsamts für Privatversicherung nicht zu lassen, gar keine Aussicht hat, zugelassen zu werden. Und der Gedanke soll doch ausschlaggebend bleiben, die Notstandskasse frei zu lassen von allen Fesseln. Wenn dann von Mülheim noch bemängelt wird, daß die in Vorschlag gebrachten Beitragsätze gegenüber denen der Frauensterbekasse zu hoch gegriffen seien, so steht dem entgegen, daß eine solche Parallele gar nicht gezogen werden kann. Dadurch, daß allen Mitgliedern, jungen wie alten, gefunden, kranken und invaliden Mitgliedern, der Eintritt freigestellt ist, übernimmt die Kasse ein Risiko, wie so leicht keine zweite. Denn mit dem Eintritt aller jener kranken und invaliden Mitglieder wird die Kasse in den ersten Jahren einen so sehr großen Prozentsatz an Sterbefällen zu verzeichnen haben, der in gar keinem Verhältnis zu dem Satz der Frauensterbekasse steht.

Der Schlußsatz vor Mülheim a. Rhein ist doch dem Vorstande zuviel zugemutet. Denn wenn, wie man von dort schreibt, der gemachte Vorschlag „gesetzlich nicht durchführbar sei“, so soll der Vorstand kein Mittel unversucht lassen, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Das heißt mit anderen Worten, daß, wenn der Mülheimer Vorschlag gesetzlich nicht zulässig, soll der Vorstand das Gesetz — das sind die Schwierigkeiten — aus dem Wege räumen! Diese Kunst hat der Vorstand noch nicht erlernt, ich bin auch der Meinung, daß die öffentliche Kritik im Organ der Krankenkasse recht ungeeignet erscheint. Wenn dadurch auch gerade kein Unglück erwächst, so möchten doch allerlei Unannehmlichkeiten entstehen. Denn „das Suchen“ nach Verschönerungen, die sich keine Fesseln auslegen wollen, ist leider vorhanden. Wozu Möglichkeiten heraufbeschwören, die vermieden werden können? G. Blume.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin O. 2, Neue Friedenstr. 4 bezogen werden.

Gute Jugendschriften bietet der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei in dem soeben erschienenen „Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften“ den Eltern der Arbeiterkinder dar. Seit vier Jahren besteht nun die vortreffliche Einrichtung, daß aus drei Personen bestehende Ausschüsse jedes angenommene und auch jedes abgelehnte Buch auf seinen für die Arbeiterjugend geeigneten Inhalt prüfen. Seit 1907 sind 4268 Bücherprüfungen vorgenommen worden; 868 Bücher wurden abgelehnt. Diese gewissenhafte Auslese der Jugendschriften gibt daher den Eltern die bequemste Möglichkeit, aus dem Bücherverzeichnis leicht und schnell ein Passendes und von den Kindern immer gern gelesenes Wahl zu machen. Ueber 700 Bücher weist dieses Verzeichnis auf. Ein Sachregister und ein alphabetisch geordnetes Autorenregister erleichtert das Auffinden der gewünschten Bücher, deren Preisverzeichnis natürlich beigelegt ist. Es ist deshalb zu empfehlen, daß unsere Gewerkschaftsmitglieder von diesem Bücherverzeichnis regen Gebrauch machen. Das Verzeichnis der vom Bildungsausschuß empfohlenen Jugendschriften erhält auf Wunsch jeder unentgeltlich. Man wende sich an: Heinrich Schulz, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.

Gewerbliche Vergiftungen. Deren Vorkommen, Erscheinungen, Behandlung, Verhütung von Privatdozent Dr. J. Kambouset. Leipzig, Verlag von Zeit u. Co. Preis 12 Mk., geb. 13,50 Mk.

Der Verfasser des umfangreichen Werkes hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Vergiftungsgefahren, welchen die Arbeiter in einer ganzen Reihe von Industriezweigen ausgesetzt sind, nachzugehen. Er untersucht die Ursachen der Vergiftung und beschreibt die Krankheitserscheinungen; gibt aber auch Mittel an, um Erkrankungen zu verhüten. Bekanntlich sind Holzarbeiter, wenn auch nicht im gleichen Umfange wie Arbeiter anderer Industrien, der Vergiftungsgefahr ausgesetzt. Auf den Teil des Werkes, der sich mit der Vergiftungsgefahr in der Holzindustrie beschäftigt, werden wir demnächst noch zurückkommen.

Handbuch des Arbeiter-Turnerbundes. Herausgegeben von Fritz Wildung. Leipzig, Arbeiter-Turnerverlag. Preis 2,50 Mk. Das Buch wird eingeleitet mit einer knapp gehaltenen geschichtlichen Abhandlung über den Werdegang des Bundes. Dem schließt sich eine umfangreiche Geschichte der einzelnen Kreise an. Besonders Interesse erweckt der Aufsatz über das Jugendturnen. Aus den zahlreichen Erlassen und Verordnungen der Regierungen, die uns in ihrem Wortlaut zugänglich gemacht werden, ist zu ersehen, mit welcher Beharrlichkeit und Konsequenz die Arbeiterjugendbewegung auch in den Turnvereinen verfolgt wird. Der übrige Inhalt beschränkt sich mehr auf das innere Leben der Organisation.

Krieg, Zusammenbruch und Revolution. Von J. Ratzki. Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G. Agitationsausgabe. Preis 10 Pf.

Statistisches Notizbuch. Zusammenge stellt von Carl Pinkau. Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G. Preis 30 Pf. Das Buchlein bringt auf 60 Seiten in bequemer Taschenformat eine Nummer von statistischen Daten aus den verschiedensten Gebieten. In der Agitation kann das statistische Notizbuch recht gute Dienste leisten.

Die praktische Vorausbestimmung des Geschlechts beim Menschen von Dr. Otto Schöner. Medizinischer Verlag Schweizer u. Co. G. m. b. H. Berlin. Preis 3,50 Mk.

Ueber den Wunderglauben. Von Wilhelm Winkler. 32 Seiten, Preis 0,25 Mk. brosch. Kommissionärsverlag Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund (Hoh. Michaelis), Berlin S.O. 16, Engel-Ufer 19.

Versammlungs-Anzeiger.

Freiburg, Samstag, den 9. Dez. abends 8 1/2 Uhr. In Schenke's Restaurant.
Frankfurt a. M., Sonntag, den 9. Dez. abends 7 Uhr. Sektionsversammlung der Modell- und Fabrikarbeiter im Gewerkschaftshaus, Behlert Saal B.

Anzeigen.

Altenstein, Schwarzwald. Die ausstehenden Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, sind streng verpflichtet, zuvor bei den Bevollmächtigten...

Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für Verhandlungsbüroer gesperrt.
Das Anfragen um Arbeit in den Werkstätten ist streng verboten.

5-8 tüchtige Tischler auf furnierte Arbeit finden dauernde Beschäftigung.
August Barusch, Möbelfabrik Themar i. Thür.

Intelligente Tischler, welche ihren Beruf ändern wollen, für den Verkauf eines neuen Konkurrenzlosen Tischlerartikels...

Zwei sehr tüchtige Möbeltischler finden dauernde Beschäftigung.
Wöchentl. 72 Mt. Lohn bei 48 Stunden Arbeitszeit.

Ältere Tischlergesellen finden dauernde Arbeit bei Emil Kirchner, Großenhain, Sachsen.

Stuhlpolierer sofort gesucht.
Stuhlfabrik Krumwiede Celle i. Hann.

Tüchtige Polierer und 1. Umsetzer finden sofort lohnende und dauernde Beschäftigung.
Ulter & Feldtrappe, Jena.

ein tüchtiger Wertmeister, welcher mit der Herstellung von Galalith- und Knopf-Dröhern...

Tüchtige, selbständige Kastenmacher bei hohem Verdienst (Wford) für dauernd ges.
Hiesig, Karosserierwerk, Bonn a. Rhein.

Ich suche wegen Vergrößerung meines Betriebes tüchtige saubere Gestellarbeiter auf feinste Peddigmöbel...

5-8 tüchtige Tischler auf furnierte Arbeit finden dauernde Beschäftigung.
August Barusch, Möbelfabrik Themar i. Thür.

2 Korbmachergesellen, 1 auf Großgeschlagen, 1 auf Kleingeschlagen und Reparatur, stellt sofort ein.

Gestellarbeiter speziell auf bessere Peddigmöbel, und solche, die es lernen wollen, werden sofort eingestellt.

6-8 tüchtige, solide Korbmacher auf grün Geschlagen und Mattarbeit erhalten bei gutem Wfordlohn dauernde Stellung.

Gesucht zum sofortigen Eintritt nach Zürich (Schweiz) 2 tüchtige Einziger u. Pecher bei gutem Lohn.

Ein tüchtiger Arbeiter für Bandsäge und Fräsmaschine auf dauernde Stellung.

Gesucht werden mehrere tüchtige Korfschneider für dauernde Stellung.

Gutgehende Stellmacherei ist, Todesfall halber, sof. preisw. a. verachtet. eutl. zu verkaufen.

Laublägerei Verbschnitt- u. Holzbrand-Verlag, Holz, Vorklagen usw. in groß. Auswahl billigt.

Stomkes Städtebuch Reiseleiter durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Wegekarte, 860 Seiten, geb. Mt. 1,20.

Der Kastenmacher geometrisch erläutertes, fachwissenschaftl. Wert.
Vollständ. Abhandl. der Konstrukt. d. Wand- schränke (neu) von J. Feldwibel.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, Hamburg 23
Unübertroffen und darum von so grosser Werbekraft sind mein wasser-echtes Peha-Matt, meine nach eigenem Ver-gereinigten Schellackpolituren und meine Holzbeizen, die sich hochmodern durch besondere Farbenpracht auszeichnen...

Kunstgewerbliche Tischlerschule Blankenburg, B. 2
Programm frei. Direktor Reinzing.
Deutsches Technikum Lehr-Institut für Technischen Fern- und Korrespondenz-Unterricht.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg
Erstklassige Lehranstalt. Dir. Carl Malbaum.

Alles zur Laubsägerei Verbschnitt und Holzbrandmalerei liefert allerbilligt.

Dilettanten-Sobellbänke 185 cm lang, pro Stk 28 Mt., versenden gegen Nachnahme oder vorherige Kasse.

Geitungs-Marken und Kautschuk-Stempel liefert seit 80 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg.

Eingelagte Farniere für Nähnische, Schattellen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.
E. Biller, Marquetter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Joh. Renz, Tischler, geb. 25. 5. 89 zu Neu-...
Kurt Ribart, Tischler, geb. 25. 5. 89 zu Neu-...
B. H. Schmidt, Tischler, Buchn. 529 743, wird...
Helm. Fleischmann, Tischler, geb. 26. 3. 85, wird...
Karl v. Haan, Tischler, Buchn. 529 907, wird...
Albert Gundermann, Tischler, geb. 13. 1. 81...

Für die Zahlstellen-Bibliotheken.
Mitte Januar erscheint der neue Jahrgang Holzarbeiterzeitung 1911 auf bestem Papier gedruckt und in gutem Leinwandband.